



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

"Abänderungsvorschläge zur Gesetzesvorlage betreffend das Dienstverhältnis der Lehrerschaft..."

Liczba stron oryginału

63

Liczba plików skanów

64

Liczba plików publikacji

64

Sygnatura/numer zespołu

TR 031.053

Data wydania oryginału

Ok. 1912

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Abänderungsvorschläge

zur

Gesetzesvorlage

betreffend

das Dienstverhältnis der Lehrerschaft an staatlichen mittleren und niederen Unterrichtsanstalten (Lehrerdienstpragmatik),

angenommen auf der Delegierten-Tagung

des

Reichsverbandes der österreichischen Mittelschulvereine zu Wien am 1. und 2. April 1912.

Abänderungsvorschläge.

Regierungsvorlage.

Artikel I.

Unter Lehrern im Sinne dieses Gesetzes sind — ohne Unterschied des Geschlechts — folgende Kategorien von Lehrpersonen an staatlichen mittleren und niederen Unterrichtsanstalten zu verstehen:

1. Die mit den systemmäßigen Bezügen angestellten (wirklichen) Lehrer, Direktoren und Vorstände.

2. Provisorische, mit den für sie systemisierten Bezügen angestellte Lehrer, das sind solche, denen bis zur Erlangung einer definitiven Lehrstelle eine Lehrstelle provisorisch verliehen wurde.

3. Die Supplenten und die Assistenten, das sind die zur Ausübung des Lehramtes bestellten Anwärter auf eine Lehrstelle.

3. Die Supplenten und die Assistenten, das sind solche Lehrer, die ohne Einreichung in eine Rangklasse im Lehramte bestellt werden.

4. Die Lehramtspraktikanten, das sind solche, die einer Anstalt zur Einführung in das Lehramt zugewiesen werden.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit dem ersten Tage des der Kundmachung folgenden Monats in Kraft.

Soweit dieses Gesetz nicht eine Ausnahme enthält, werden alle Vorschriften über Gegenstände, die in diesem Gesetze geregelt sind, aufgehoben.

Das Gesetz vom 22. Juni 1878, R. G. Bl. Nr. 59, bleibt unberührt.

Artikel III.

Bei der Durchführung der in diesem Gesetze ausgesprochenen Grundsätze und Bestimmungen bleibt der Landesgesetzgebung der ihr zustehende Wirkungskreis gewahrt.

Artikel IV.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind der Minister für Kultus und Unterricht, der Minister für öffentliche Arbeiten und der Ackerbauminister im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Ministern betraut.

Abänderungsvorschläge.Regierungsvorlage.**I. Abschnitt.****Allgemeine Bestimmungen.****Anstellung.**

§ 1.

Als Lehrer darf nur ein österreichischer Staatsbürger von ehrenhaftem Vorleben angestellt werden, dessen Handlungsfähigkeit nicht aus einem anderen Grunde als jenem der Minderjährigkeit beschränkt ist und der die volle Eignung zur Erfüllung der lehrämtlichen Pflichten und sonstigen Dienstesobliegenheiten besitzt.

Die Anstellung eines Minderjährigen ist an den Nachweis der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters gebunden.

§ 2.

Zur Anstellung ist die Bewilligung der Zentralstelle erforderlich, wenn der Bewerber

1. das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht hat oder

2. das 40. Lebensjahr bereits überschritten hat und es sich nicht um den Übertritt aus einem anderen in ein den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegendes Staatsdienstverhältnis handelt oder wenn er

3. aus dem Staats- oder Staatslehrdienste entlassen worden ist oder

4. während eines anhängigen Disziplinarverfahrens aus dem Staats- oder Staatslehrdienste ausgetreten ist.

§ 3.

Zur Anstellung ist die Bewilligung der Zentralstelle erforderlich, wenn der Bewerber in das Verhältnis der dienstlichen Über- oder Unterordnung zu einer Person treten würde, mit der er entweder in auf- oder absteigender Linie oder in der Seitenlinie bis einschließlich zum dritten Grade verwandt oder verschwägert ist oder zu der er im Adoptionsverhältnisse steht.

Tritt ein solches Verhältnis nachträglich ein, so ist Vorsee zu treffen, daß die lehrämtlichen oder sonstigen dienstlichen Interessen nicht gefährdet werden.

§ 4.

Welchen Anforderungen ein Lehrer hinsichtlich besonderer Fähigkeiten und Kenntnisse, der fachlichen Vorbildung und bestimmter Prüfungen zu entsprechen hat, ist nach den hierfür geltenden Vorschriften zu beurteilen.

In Ermangelung solcher Vorschriften werden diese Erfordernisse fallweise festgestellt.

§ 5.

Wenn sich nachträglich herausstellt, daß sich ein Lehrer die Aufnahme in den Staatslehrdienst oder die Anstellung in einem bestimmten Lehramte durch Vorweisung ungültiger Dokumente oder durch Verschweigung von Umständen erschlichen hat, die nach den geltenden Vorschriften die Anstellung ausschließen, so ist gegen ihn im Disziplinarwege vorzugehen.

§ 6.

Den Supplenten und Assistenten wird ohne Einreihung in eine Rangklasse in Absicht auf die Ausübung ihres lehramtlichen und dienstlichen Berufes hiermit der Charakter von Staatslehrpersonen eingeräumt.

§ 7.

Der Eintritt in den staatlichen Schuldienst vollzieht sich auf Grund einer von der zuständigen Stelle bewirkten Anstellung, welche die Bezeichnung »Ernennung« oder »Bestellung« führt, je nachdem mit der Anstellung die Einreihung in eine Rangklasse verbunden ist oder nicht.

§ 8.

Supplenten und Assistenten werden — und zwar sofern für die betreffende Lehrerkategorie eine bestimmte Lehrbefähigung vorgeschrieben ist, nach deren Erlangung — dauernd bestellt.

Supplenten und Assistenten werden stets auf die Dauer des Bedarfes, mindestens aber auf drei Monate bestellt.

Insofern für die Aufstellung in einzelnen Zweigen des staatlichen Schuldienstes eine bestimmte Lehrbefähigung vorgeschrieben ist, können — im Gegensatz zur Anstellung definitiver oder provisorischer Lehrer — Supplenten und Assistenten ausnahmsweise ohne Nachweis der Erlangung einer vollständigen Lehrbefähigung vorübergehend bestellt werden, wenn ein geeigneter, vollständig lehrbefähigter Supplent oder Assistent nicht zur Verfügung steht.

Solche Supplenten und Assistenten werden auf die Dauer des Bedarfes, mindestens aber auf ein Semester bestellt.

§ 9.

Das Dienstverhältnis der Supplenten und Assistenten kann im Laufe der ersten zwei

§ 9.

Das Dienstverhältnis der Supplenten und Assistenten kann gelöst werden, wenn sich herausstellt,

Dienstjahre nach erlangter vollständiger Lehrbefähigung gelöst werden, wenn die zuständige Qualifikationskommission feststellt, daß der Supplent (Assistent) die Eignung für definitive Anstellung nicht besitzt. Nach Ablauf dieser Frist können die Supplenten und Assistenten nur im Disziplinarwege entlassen werden.

Das Dienstverhältnis der ungeprüften Supplenten (Assistenten) ist jedoch jedenfalls zu lösen, sobald bei Beginn des folgenden Schuljahres ein geeigneter, vollständig lehrbefähigter Supplent (Assistent) zur Verfügung steht. In diesem Falle ist dem Supplenten (Assistenten) ein einjähriger Urlaub mit vollem Adjutium zur Ablegung der Lehramtsprüfung zu gewähren.

daß der Supplent (Assistent) die Eignung für die definitive Anstellung nicht besitzt. Es ist gegenüber ungeprüften Supplenten (Assistenten) jedenfalls zu lösen, sobald bei Beginn des folgenden Schuljahres ein geeigneter, vollständig lehrbefähigter Supplent (Assistent) zur Verfügung steht.

§ 10.

Über die Anstellung wird ein Dekret ausfertigt, in dem die lehramtliche und dienstliche Stellung (Titel), die Bezüge sowie jener Tag anzugeben sind, mit welchem die Anstellung in Wirksamkeit tritt.

Bei der Ernennung zum provisorischen Lehrer ist im Dekrete seine Stellung ausdrücklich als provisorische zu bezeichnen.

§ 11.

Die Anstellung wird durch die Zufertigung und Annahme des Dekretes mit dem darin bezeichneten Zeitpunkt wirksam.

Von diesem Zeitpunkte an sind jene Lehrer, welchen der Titel »Professor« gemäß den bisherigen gesetzlichen Vorschriften erst von der Bestätigung im Lehramte an zukam, zur Führung dieses Titels berechtigt.

Der Titel „Professor“ ist gesetzlich geschützt. Er ist bleibend und wird ausschließlich vom Staate und nur an akademisch Gebildete verliehen.

Andere Erhalter von Mittelschulen haben für ihre Lehrer um Verleihung dieses Titels beim Staate einzukommen.

Diese Bestimmungen finden auf jene Lehrer, welche vor der Kundmachung dieses Gesetzes approbiert wurden, keine Anwendung.

Die Bestimmungen über das Probetrium treten außer Kraft.

Falls nicht ein besonderer Termin für den Dienstantritt festgesetzt wurde oder sich aus den Einrichtungen der betreffenden Lehranstalt ergibt, hat der Lehrer seinen Dienst binnen vierzehn Tagen anzutreten; unterläßt er dies, ohne das Säumnis binnen einer weiteren Frist von vierzehn Tagen ausreißend zu rechtfertigen, so tritt die Anstellung außer Kraft.

Beginn der Dienstzeit.

§ 12.

Die normalmäßig für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare, nach den Bestimmungen

dieses Gesetzes zu beurteilende Dienstzeit beginnt, wenn der Dienst tatsächlich angetreten wurde, bei einer Neu- oder Wiederanstellung mit dem im Dekrete angegebenen Tage der Wirksamkeit der Anstellung.

Wenn ein Lehrer aus einem anderen in ein den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegendes staatliches Dienstverhältnis unmittelbar übertritt, ist als Beginn der Dienstzeit im Sinne dieses Gesetzes der Tag der Enthebung von dem früheren Dienstverhältnis anzusehen. Der durch die geltenden Vorschriften gewährleistete Anspruch auf Anrechnung der im früheren Dienstverhältnisse zurückgelegten Zeit für die Bemessung des Ruhegenusses wird hierdurch nicht berührt.

§ 13.

Der Lehrer hat sein Anstellungsdekret binnen vierzehn Tagen nach dem Dienstantritte, beziehungsweise nach Empfang des Dekretes der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle vorzulegen, worauf der Beginn der Dienstzeit in den Standesausweis (§ 16) eingetragen wird.

Durch Verordnung wird bestimmt, welche Dienststelle als unmittelbar vorgesetzt anzusehen ist.

Diensteid.

§ 14.

Alle Lehrer haben beim Eintritt . . .
[sobann der Wortlaut der Regierungsvorlage].

§ 14.

Definitive und provisorische Lehrer haben beim Eintritt in ein den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegendes Dienstverhältnis sowie beim Wiederintritte in ein solches, wenn dieses mittlerweile gelöst war, den Diensteid abzulegen.

Wenn nicht in besonderen Fällen eine andere Verfügung getroffen wird, ist der Diensteid in die Hände des Vorstandes der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle oder des von ihm hierzu Beauftragten zu leisten.

Das Eidesformular ist nach Beifügung des Datums der Eidesleistung von dem Beeideten zu unterfertigen; die Eidesablegung ist mit Angabe des Tages auf dem Ernennungsdekrete amtlich zu beurfunden.

Pflichtenangelobung.

§ 15.

(Entfällt.)

§ 15.

Supplenten und Assistenten haben beim Dienstantritte die Pflichtenangelobung in die Hände des durch Verordnung hierzu Berufenen mittels Handschlages zu leisten.

Über die Pflichtangelobung ist ein Protokoll aufzunehmen und eine Bestätigung auf dem Beststellungsdekrete auszufertigen.

Standesausweis.

§ 16.

Über jeden Lehrer wird bei der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle ein Standesausweis geführt, in den alle für das Dienstverhältnis im allgemeinen und insbesondere für die Erlangung von Gehalts-(Remunerations)erhöhungen, für die Zeitvorrückung und für die Bemessung des Ruhegenusses belangreichen Personaldaten einzutragen sind.

Der Lehrer hat diese Daten unmittelbar nach Erhalt des Anstellungsdekretes anzugeben und alle Veränderungen in den einschlägigen Verhältnissen, soweit sie nicht auf Verfügungen einer vorgesetzten Stelle beruhen, anzuzeigen.

Der Lehrer kann in seinen Standesausweis Einsicht und davon Abschrift nehmen.

(statt (Remunerations): (Adjutums))

Qualifikation.

§ 17.

Über die Lehrer, für welche die Zeitvorrückung in Frage kommt, sowie über die Supplenten und Assistenten werden fortlaufend Qualifikationstabellen geführt, in die alljährlich die Qualifikation eingetragen wird.

Die näheren Bestimmungen werden durch Verordnung getroffen.

Ebenso wird durch Verordnung festgesetzt, inwieweit jene Lehrer, für welche die Zeitvorrückung nicht in Frage kommt, einer regelmäßig wiederkehrenden Qualifikationsbestimmung unterzogen werden.

Ebenso werden jene Lehrer, für welche die Zeitvorrückung nicht in Frage kommt, einer alle drei Jahre regelmäßig wiederkehrenden Qualifikationsbestimmung unterzogen.

§ 18.

Bei der Bestimmung der Qualifikation ist nach Maßgabe der Verwendung des Lehrers Bedacht zu nehmen:

1. auf die fachliche Aus- und Weiterbildung sowie auf die Kenntnis der Vorschriften für die Ausübung des Dienstes;

2. auf die didaktische und pädagogische Befähigung;

3. auf den Fleiß und die Gewissenhaftigkeit;

4. auf die Erziehungs- und Unterrichtserfolge;

5. auf die Behandlung der Schüler und den dienstlichen Verkehr mit den Parteien;

6. auf das Verhalten;

7. bei Lehrern, die sich auf leitenden Dienstposten befinden oder deren Berufung auf einen solchen Posten in Frage kommt, auf die Eignung hierzu.

Wenn im einzelnen Falle besondere Umstände (wie Sprachenkenntnis, künstlerische und literarische Leistungen, technische Fertigkeiten, besondere Mühe- und Ausdauer bei der Ob- und Aufsicht über eine Lehrmittelsammlung oder Bibliothek, bei der körperlichen Auszubildung und

6. auf das Verhalten (§ 29, 30, 31);

Die Qualifikation wird in dem Gesamtkatfall »sehr gut«, »gut«, »entsprechend« oder »minder entsprechend« zusammengefaßt.

§ 19.

Qualifikationskommissionen werden eingesetzt, und zwar getrennt für jede Unterrichtssprache im Bereiche der betreffenden Behörde:

Die Qualifikationsbestimmung der Lehrer an einer nicht zur Gruppe der gewerblichen Staatslehranstalten gehörenden Anstalt, die unmittelbar einer Zentralstelle untersteht, wird durch letztere einer für eine andere Anstalt verwandter Art bestehenden Qualifikationskommission zugewiesen.

statt »Jahres«: »Schuljahres«

§ 21.

Die Bestimmungen über die Zusammensetzung der bei den Landes Schulräten zu bestellenden Qua-

Erziehung der Schüler, bei der Musikpflege, bei der praktisch-fachlichen Ausbildung der Schüler, bei der gewerbefördernden Tätigkeit usw.) für die Qualifikation von Belang erscheinen, sind dieselben ausdrücklich anzuführen.

Die Qualifikation wird in dem Gesamtkatfall »ausgezeichnet«, »sehr gut«, »entsprechend« oder »minder entsprechend« zusammengefaßt.

§ 19.

Qualifikationskommissionen werden eingesetzt:

- a) bei den Zentralstellen für die bei denselben in Verwendung stehenden Lehrer, ferner für die Lehrer der gewerblichen Staatslehranstalten, die nicht auf Grund eines Gesetzes zunächst den Landes Schulräten oder den politischen Landesstellen unterstehen;
- b) bei den Landes Schulräten und bei den politischen Landesstellen für die ihnen unterstehenden und nicht etwa auf Grund des Absatzes a der Qualifikationskommission der Zentralstelle zugewiesenen Lehrer.

Die Qualifikationsbestimmung der Lehrer an einer nicht zur Gruppe der gewerblichen Staatslehranstalten gehörenden Anstalt, die unmittelbar einer Zentralstelle untersteht, wird durch letztere einer an einer anderen Anstalt verwandter Art bestehenden Qualifikationskommission zugewiesen.

Nach Bedarf können bei den erwähnten Stellen für verschiedene Kategorien von Lehrern und Lehranstalten besondere Qualifikationskommissionen bestellt werden. In diesem Falle ist gleichzeitig mit der Bestellung der Kommissionen auch deren Wirkungsbereich abzugrenzen.

Bei jenen Landes Schulräten, die geseklich in Sektionen geteilt sind, ist für jede Sektion eine Qualifikationskommission einzusetzen.

Die Qualifikationskommission besteht aus fünf Mitgliedern und faßt ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit.

§ 20.

Bei den Zentralstellen und den politischen Landesstellen werden die Kommissionsmitglieder und die erforderliche Zahl von Ersatzmännern vom Chef der Zentralstelle, beziehungsweise vom Landeschef mit Beginn jedes Jahres bestellt. In jeder Kommission hat mindestens ein Fachmann Sitz und Stimme.

Den Vorsitz in den bei den Zentralstellen und den politischen Landesstellen eingesetzten Kommissionen führt das rangälteste Mitglied.

§ 21.

Die Bestimmungen über die Zusammensetzung der bei den Landes Schulräten zu bestellenden Quali-

lifikationskommissionen sind durch die Landesgesetzgebung mit der Maßgabe zu treffen, daß in diese Kommissionen das mit der Inspektion des zu qualifizierenden Lehrers betraute Aufsichtsorgan, der zuständige Personalreferent der Anstalt, und wenn er auch mit der Fachinspektion des betreffenden Lehrers betraut ist, der Direktor der Anstalt sowie ein Angehöriger des Lehrstandes desselben Faches zu berufen sind. Wenn es sich um die Qualifikation eines Religionslehrers handelt, hat sein Fachinspektor Sitz und Stimme in der Kommission.

fikationskommissionen sind durch die Landesgesetzgebung mit der Maßgabe zu treffen, daß in diese Kommissionen das mit der Inspektion des zu qualifizierenden Lehrers betraute Aufsichtsorgan, der zuständige Referent für die administrativen und ökonomischen Schulangelegenheiten sowie ein Angehöriger des Lehrstandes zu berufen sind. Wenn es sich um die Qualifikation eines Religionslehrers handelt, hat der Vertreter seines Bekenntnisses im Landesschulrate Sitz und Stimme in der Kommission.

Bis zur landesgesetzlichen Regelung sind die Vorschriften über die Zusammensetzung der in Rede stehenden Qualifikationskommissionen unter Beobachtung der vorbezeichneten Grundsätze für die einzelnen Länder im Verordnungswege zu erlassen.

§ 22.

Hinsichtlich der einer Anstaltsleitung unmittelbar unterstellten Lehrer hat der Direktor (Leiter) eine Qualifikationsbeschreibung zu verfassen. Diese ist mit einem nötigenfalls näher begründeten Antrage über den Gesamtkatül abzuschließen und im Dienstwege an die Kommission zu leiten. Ob und inwieweit bei einzelnen Gruppen von staatlichen Unterrichtsanstalten der Direktor (Leiter) bei Verfassung des Qualifikationsantrages das Einvernehmen mit Fachorganen zu pflegen hat, wird durch Verordnung bestimmt.

Die zuständigen Landeschulinspektoren, beziehungsweise die betreffenden überwachenden Organe und Zwischenstellen haben sich über den Antrag in allen Punkten, und zwar im Falle eines abweichenden Urteils mit Angabe von Gründen zu äußern.

§ 23.

Die Kommission bestimmt die Qualifikation auf Grund der vorgelegten Beschreibungen und Anträge; die Qualifikation jener Lehrer, für welche nach § 22, Absatz 1, ein Qualifikationsantrag nicht gestellt wird, ist unmittelbar durch die Kommission zu bestimmen.

Die Kommissionen können nach Bedarf Fachmänner mit beratender Stimme beziehen.

Erachtet die Qualifikationskommission ergänzende Aufklärungen für geboten, die im schriftlichen Wege nur mit wesentlicher Verzögerung beschafft werden könnten, so kann jenes Organ, dessen Antrag oder Äußerung den Anlaß zu Zweifeln bietet, zur Erteilung mündlicher Auskünfte der Kommissionsberatung beigezogen werden.

§ 24.

Der Lehrer ist von dem Gesamtkatül der Qualifikation in Kenntnis zu setzen.

Er kann innerhalb vierzehn Tagen bei der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle in seine Qualifikationstabelle (Gesamtkalkül und Einzelpunkte) Einsicht und davon Abschrift nehmen.

Wenn der Gesamtkalkül nicht mindestens auf »entsprechend« lautet, so kann der Lehrer binnen vierzehn Tagen nach Einsichtnahme in die Qualifikationstabelle bei der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle die Beschwerde erheben, über welche eine bei der Zentralstelle bestehende Qualifikationskommission entscheidet.

§ 25.

Alle zur Mitwirkung im Qualifikationsverfahren berufenen (staatlichen und nichtstaatlichen) Organe haben bei Ausübung ihrer Funktion strenge Gewissenhaftigkeit, Verschwiegenheit und Unparteilichkeit zu beobachten.

Die Qualifikationskommissionen haben insbesondere auch auf die möglichste Gleichmäßigkeit in der Beurteilung der Lehrer Bedacht zu nehmen.

II. Abschnitt.

Pflichten.

Allgemeine Pflichten.

§ 26.

»eifrig und« (entfällt.)

Der Lehrer ist verpflichtet, dem Kaiser treu und gehorsam zu sein und die Staatsgrundgesetze sowie alle anderen Gesetze unverbrüchlich zu beobachten. Er hat seine volle Kraft dem Amte und Berufe zu widmen, die mit seiner dienstlichen Stellung verbundenen Pflichten eifrig und gewissenhaft zu erfüllen, insbesondere jederzeit auf die Wahrung der öffentlichen Interessen bedacht zu sein. Er hat ferner das Beste der Schule und der ihm anvertrauten Schüler stets im Auge zu behalten, in allen dienstlichen Angelegenheiten strenge Unparteilichkeit und Uneigennützigkeit zu beobachten und alles zu vermeiden, was den geordneten Gang des Dienstes beeinträchtigen könnte.

Dienstlicher Gehorsam.

§ 27.

Der Lehrer ist verpflichtet, den amtlichen Anordnungen seiner Vorgesetzten Gehorsam zu leisten und bei Durchführung dieser Anordnungen die ihm anvertrauten Interessen der Schule und des Amtes nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen.

.... wahrzunehmen, es sei denn, daß der Vollzug der Anordnung eine Übertretung der bestehenden Vorschriften in sich schließen würde.

Die Autorität des Lehrers ist unter allen Umständen zu wahren.

§ 29. (Angenommen nach den Abänderungsvorschlägen des Staatsangestellten-Ausschusses.)

Der Beamte hat sich in seiner Amtsführung der von ihm bekleideten Stellung würdig zu erweisen und seine persönliche Achtungswürdigkeit zu wahren.

Ein Beamter darf jedoch unter Berufung auf sein Dienstverhältnis nicht an der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte gehindert werden.

Dienstgeheimnis.**§ 28.**

»oder ihm ausdrücklich als vertrauliche bezeichnet worden sind« (entfällt)

Der Lehrer hat über alle ihm in Ausübung des Dienstes oder mit Beziehung auf seine dienstliche Stellung bekannt gewordenen Angelegenheiten, die im Interesse des Staates, der Schule oder der beteiligten Personen Geheimhaltung erfordern oder ihm ausdrücklich als vertrauliche bezeichnet worden sind, gegen jedermann, dem er über solche Angelegenheiten eine dienstliche Mitteilung zu machen nicht verpflichtet ist, strengstes Stillschweigen zu beobachten.

Eine Ausnahme hiervon tritt nur insoweit ein, als ein Lehrer für einen bestimmten Fall von der Verpflichtung zur Wahrung des Dienstgeheimnisses entbunden wurde.

Die Pflicht zur Bewahrung des Dienstgeheimnisses besteht auch im Verhältnisse außer Dienst und im Ruhestandsverhältnisse sowie nach Auflösung des Dienstverhältnisses unverändert fort.

Verhalten.**§ 29.**

Der Lehrer hat in seinem Verhalten in und außer der Schule oder dem Amte das Standesansehen zu wahren und alles zu vermeiden, wodurch die Achtung und das Vertrauen, die seine Stellung erfordert, geschmälert oder die Interessen der Schule, der Erziehung und des Unterrichtes gefährdet werden können.

Er hat alles zu unterlassen, was mit der Disziplin, das ist dem Verhältnisse der Über- und Unterordnung im Staatsdienste, unvereinbar ist.

§ 30.

(Absatz 1 entfällt).

§ 30.

Dem Lehrer ist die Teilnahme an einem Vereine untersagt, wenn sie wegen der Bestrebungen des Vereines oder wegen der Art der Vereinstätigkeit des Vereines den Pflichten eines Lehrers widerspricht.

Kein Lehrer darf einer ausländischen, politischen Zwecke verfolgenden Gesellschaft angehören.

§ 31.

Der Lehrer muß seinen Vorgesetzten, Berufsgenossen und Untergebenen, den Schülern und Schulinteressenten gegenüber der Aufgaben des Unterrichtes und der Erziehung eingedenk sein.

Er hat den Vorgesetzten achtungsvoll zu begegnen, im Umgang mit Gleichgestellten sich kollegial und hilfsbereit zu erweisen, im Verkehr mit den Schülern und Schulinteressenten den Takt streng zu wahren.

§ 32.

Lehrer im Ruhestande sind zu einer dem Standesansehn angemessenen Haltung verpflichtet.

§ 33.

Alle Anliegen und Beschwerden in dienstlichen und das Dienstverhältnis berührenden persönlichen Angelegenheiten hat der Lehrer in der Regel im Dienstwege, jedenfalls aber ausschließlich bei seinen Vorgesetzten vorzubringen; sie sind ungesäumt an die zur Amtshandlung berufene Behörde zu leiten, welche, erforderlichenfalls nach Klarstellung des Tatbestandes, die geeignete Verfügung zu treffen hat.

»jedenfalls aber ausschließlich bei seinen Vorgesetzten vorzubringen« (entfällt)

Lehramtliche Pflichten.

§ 34.

Für das Ausmaß der einem Lehrer obliegenden Lehrverpflichtung gelten die bestehenden Vorschriften, mit den sich aus diesem Gesetze ergebenden Änderungen.

Für das Ausmaß der einem Lehrer obliegenden Lehrverpflichtung gelten die bestehenden Vorschriften mit den sich aus diesem Gesetze ergebenden Änderungen, wobei der Grundsatz zu beobachten ist, daß außerordentliche Leistungen, wie Klassenordinariate, Verwaltungen von Lehrmittelsammlungen, Bibliotheken, Schulgärten u. dgl. in die Lehrverpflichtung einzurechnen sind.

Für die Erteilung des Unterrichtes in einem nicht obligaten Fache sind die Lehrer, insoweit ihnen nicht im Anstellungsdekrete eine solche Verpflichtung ausdrücklich auferlegt werden kann, besonders zu entlohnern.

§ 35.

Der letzte Satz: »Der Anspruch auf Remuneration dieser Mehrleistung richtet sich nach den hierfür bestehenden besonderen Vorschriften« ist zu ersetzen durch: »Diese Mehrleistung ist im vollen Umfange zu remunerieren, wenn sie acht Tage überschreitet.«

§ 35.

Im Falle eines vorübergehenden Bedarfes kann der Lehrer verhalten werden, eine Mehrleistung an wöchentlicher Stundenzahl zu übernehmen, welche, falls für einzelne Schulgruppen nicht andere Bestimmungen durch Verordnung getroffen sind, bis zu einem Fünftel des Höchstaussmaßes seiner Lehrverpflichtung betragen darf. Der Anspruch auf Remuneration dieser Mehrleistung richtet sich nach den hierfür bestehenden besonderen Vorschriften.

§ 36.

Wenn es wichtige Rücksichten des Dienstes erheischen, kann der Lehrer auf Weisung seiner Vorgesetzten nach Maßgabe des § 35 vorübergehend auch zur Erteilung des Unterrichtes in Gegenständen verwendet werden, für die er die formelle Befähigung nicht erlangt hat, wenn seine Eignung zu einer solchen Verwendung nach Ansicht des Vorgesetzten feststeht.

Doch trifft den Lehrer für eine solche Verwendung keine Verantwortung und sie darf seine Qualifikation nicht ungünstig beeinflussen.

(Absatz 2 entfällt).

Auch kann im Auftrag der vorgesetzten Behörde ein Lehrer aus wichtigen dienstlichen Rücksichten zur gleichzeitigen Verwendung an einer anderen staatlichen Lehranstalt bis zu dem im § 35 normierten Höchstaussmaße der Lehrverpflichtung vorübergehend herangezogen werden.

§ 37.

Der Lehrer ist zur gewissenhaften Erteilung des Unterrichts nach dem vorgeschriebenen Lehrplane und zur genauen Erfüllung der sonstigen aus seiner lehramtlichen Stellung sich ergebenden Obliegenheiten sowie zur pünktlichen Einhaltung der festgesetzten Unterrichts- und Arbeitsstunden verpflichtet. Er hat sich die genaue Kenntnis der seine dienstliche Stellung und Wirksamkeit betreffenden Vorschriften anzueignen.

Der Lehrer hat auf ein enges Zusammenwirken der Schule mit dem Elternhause im Interesse des Wohles der Schüler Bedacht zu nehmen. Der Verkehr mit den Eltern und deren Stellvertretern hat sich in entgegenkommender, die Sorge für den Schüler hilfreich betätigender und Vertrauen gewinnender Weise zu vollziehen.

»die Sorge für den Schüler hilfreich betätigender und Vertrauen gewinnender« (entfällt.)

§ 38.

Wenn ein Lehrer durch Krankheit oder vorübergehend aus anderen stichhaltigen Gründen verhindert ist, seinen Dienst zu versehen, so hat er dies sobald als möglich der Anstaltsleitung, beziehungsweise der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle anzuzeigen. Auf Verlangen ist der Grund der Verhinderung in entsprechender Weise zu bescheinigen.

Ein wegen Krankheit vom Dienste abwesender Lehrer ist verpflichtet, sich auf behördliche Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

Eine gerechtfertigte, insbesondere jede durch Krankheit verursachte oder in gesundheitspolizeilichen Vorschriften begründete Abwesenheit vom Dienste hat eine Schmälerung der Bezüge oder eine Beeinträchtigung der Vorrückung in höhere Bezüge (Gehalts-, Remunerationserhöhungen) nicht zur Folge.

statt »Remunerations«: Adjutums

§ 39.

Wenn ein Lehrer eigenmächtig länger als drei Tage dem Dienste fernbleibt, ohne einen ausreichenden Entschuldigungsgrund nachzuweisen, verliert er, unbeschadet seiner disziplinären Verantwortlichkeit, seine Bezüge für die Dauer der ungerechtfertigten Abwesenheit. Bereits ausbezahlte Bezüge werden von der nächsten Bezugsquote abgezogen.

Militärdienst.**§ 40.**

Während einer militärischen Präsenzdienstleistung (militärischen Ausbildung) bis zur Dauer von zehn Wochen sowie während einer periodischen Waffenübung bleibt der Lehrer im Genuß seiner Bezüge; auch zählt die in einem solchen militärischen Verhältnis zugebrachte Zeit für die Erlangung von Gehalts (Remunerations)erhöhungen. Bei ausnahmsweiser Heranziehung von Reservemännern und Ersatzreservisten zur aktiven Dienstleistung im Frieden kann von der Zentralstelle in rücksichtswürdigen Fällen die gleiche Behandlung auch für einen längeren Zeitraum zugestanden werden.

Den zur Ableistung eines gesetzlich ein Jahr oder länger dauernden Militärpräsenzdienstes herangezogenen Lehrern sind die Bezüge einzustellen; der betreffende Zeitraum ist für die Erlangung von Gehalts (Remunerations)erhöhungen nicht anrechenbar. Dem Lehrer bleibt die von ihm früher im Lehramte bekleidete Stellung gewahrt.

§ 41.

Dem Lehrer bleibt auch während einer aktiven Militärdienstleistung im Falle einer Mobilisierung (Ergänzung auf den Kriegszustand) oder der Einberufung des Landsturmes die von ihm früher im Lehramte bekleidete Stellung gewahrt. Inwieweit er während einer solchen militärischen Dienstleistung im Genuß seiner Bezüge verbleibt, wird durch die geltenden besonderen gesetzlichen Anordnungen bestimmt; die Zeit einer solchen Dienstleistung zählt für die Erlangung von Gehalts (Remunerations)erhöhungen.

§ 42.

Wenn ein Lehrer außer dem Falle der Mobilisierung (Ergänzung auf den Kriegszustand) ohne gesetzliche Verpflichtung freiwillig zur militärischen Dienstleistung einrücken oder vorübergehend in derselben verbleiben will, bedarf er hierzu eines besonderenurlaubes, für dessen Bewilligung die Bestimmungen des § 54 gelten.

Im Falle der Mobilisierung (Ergänzung auf den Kriegszustand) bedarf er zu einer solchen militärischen Dienstleistung der Genehmigung der Zentralstelle. Diese Genehmigung darf nur wegen dienstlicher Unentbehrlichkeit verweigert werden.

Aufenthalt.**§ 43.**

Der Lehrer ist verpflichtet, seinen ständigen Wohnsitz so zu wählen, daß er allen dienstlichen

statt »Remunerations«: Adjutums

statt »Remunerations«: Adjutums

statt »Remunerations«: Adjutums

Verpflichtungen nachzukommen vermag; er hat der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle seinen Wohnsitz bekanntzugeben und jede Änderung zu melden.

Ein gerechtfertigt vom Dienste abwesender Lehrer hat der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle Anzeige zu erstatten, falls er außerhalb seines ständigen Wohnsitzes Aufenthalt nimmt.

Die Beurlaubten sowie die Lehrer im zeitlichen Ruhestande haben der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle, bei der sie zuletzt im Dienste gestanden sind, die Adresse bekanntzugeben, unter der ihnen im kürzesten Wege amtliche Verständigungen zukommen können.

Inwieweit mit Rücksicht auf besondere dienstliche Verhältnisse vorübergehend Beschränkungen hinsichtlich der Entfernung eines Lehrers aus dem Dienstorte außerhalb der Unterrichtsstunden einzutreten haben, wird durch Verfügung der Dienstbehörde bestimmt.

(Absatz 4 entfällt).

Verehelichung.

§ 44.

Wenn sich ein Lehrer verehelicht, hat er dies binnen vierzehn Tagen der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle anzuzeigen.

Das gleiche gilt für Lehrer im zeitlichen Ruhestande.

Nebenbeschäftigung.

§ 45.

Ein Lehrer darf neben seinem Lehramte keine Nebenbeschäftigung betreiben und keine Stellung annehmen, die dem Ansehen und der Würde des Lehrberufes widerstreiten oder die ihn in der vollständigen und genauen Erfüllung seiner dienstlichen Verpflichtungen behindern oder die Vermutung der Befangenheit in Ausübung des Lehramtes hervorrufen können.

»Vermutung der« (entfällt).

Insbefondere ist unbedingt verboten:

1. der Betrieb einer Privatschule oder einer Privatlehr- und Erziehungsanstalt,
2. die Tätigkeit eines Zivilingenieurs, wenn zu deren Ausübung ständige Hilfskräfte gehalten werden.

(Entfällt.)

Ohne [] Genehmigung der zuständigen Dienststelle ist unzulässig:

(1. und 2. entfällt.)

Ohne vorhergehende Genehmigung der zuständigen Dienststelle ist unzulässig:

1. der Betrieb eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens,
2. die Beteiligung an einer Aktiengesellschaft oder an einer anderen auf Gewinn berechneten Gesellschaft als Mitglied eines Gründungskomitees, des Vorstandes des Verwaltungs- oder Aufsichtsrates.

3. die Erteilung des Privatunterrichtes an Schüler der eigenen Anstalt und die Aufnahme solcher Schüler in Kost und Quartier,

4. die Aufnahme von Astermietern in die zur Benutzung zugewiesenen Naturalwohnungen.

Die erteilte Genehmigung ist jederzeit widerruflich.

Die Teilnahme der Lehrer an der Leitung von Unternehmungen, welche die Förderung humanitärer Bestrebungen oder der wirtschaftlichen Verhältnisse von öffentlichen Beamten oder Lehrern zum Zwecke haben, ist von der Bewilligung der Dienstbehörde abhängig.

Die Bedingungen, unter denen staatlichen Lehrern die Nebenverwendung an nichtstaatlichen Anstalten gestattet werden kann, werden durch besondere Vorschriften festgesetzt.

Jede erwerbsmäßige Nebenbeschäftigung ist der Dienstbehörde zu melden.

(Entfällt.)

Geschenkannahme.

§ 46.

Der Lehrer darf keine mit Rücksicht auf seine Amtsführung ihm oder seinen Angehörigen mittelbar oder unmittelbar angebotenen Geschenke in Geld oder Gelbeswert annehmen oder sich unter irgend einem Vorwande andere Vorteile verschaffen.

Zur Annahme von Ehrengeschenken ist die Zustimmung der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle erforderlich.

Zur Annahme von Ehrengeschenken, die im Zusammenhange mit der amtlichen Stellung stehen, ist die Zustimmung der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle erforderlich.

III. Abschnitt.

Rechte.

Rangklassenmäßige Stellung.

§ 47.

Die Lehrer sind — mit Ausnahme der Supplenten und der Assistenten — nach den hiefür bestehenden gesetzlichen Vorschriften in die für die Staatsbeamten festgestellten Rangklassen eingereiht und haben Anspruch auf die ihrer Anstellung und in der Folge auf die ihrer letzten Beförderung entsprechende rangklassenmäßige Stellung.

Die Übernahme eines Lehrers in einen anderen Dienstzweig kann an die Bedingung des Verzichtes auf die bisher bekleidete rangklassenmäßige Stellung geknüpft werden.

Als zu demselben Dienstzweige im Sinne dieses Gesetzes gehörig sind alle Dienstposten in den verschiedenen Ressorts anzusehen, für deren Erlangung im wesentlichen gleichartige Erfordernisse festgesetzt sind.

(Absatz 2 und 3 entfallen.)

Titel.

§ 48.

Der Lehrer ist zur Führung des ihm zukommenden Titels berechtigt und hat Anspruch darauf, sowohl im dienstlichen Verkehre als auch in den amtlichen Verlautbarungen mit diesem Titel benannt zu werden.

Als Titel eines Lehrers ist jener Titel anzusehen, der ihm bei seiner Anstellung oder in der Folge bei einer Beförderung oder Ernennung zuerkannt worden ist.

Den außer Dienst gestellten sowie den Lehrern im Ruhestande steht das Recht auf Weiterführung jenes Titels zu, mit dem sie zur Zeit der Außerdienststellung (Versetzung in den Ruhestand) ausgestattet waren; doch haben sie diesem Titel bei allen offiziellen Anlässen und bei allen Ausfertigungen eine das Verhältnis außer Dienst (das Ruhestandsverhältnis) kennzeichnende Bemerkung beizufügen.

Uniform.

§ 49.

Den definitiven und provisorischen Lehrern steht das Recht zu, im Inlande die nach der geltenden Uniformierungsvorschrift ihrer rangklassenmäßigen Stellung und Ressortzugehörigkeit entsprechende Uniform zu tragen.

Die Uniform eines Lehrers, der mit einem einer höheren rangklassenmäßigen Stellung in demselben Dienstzweige entsprechenden Titel ausgestattet ist, bestimmt sich nach der höheren rangklassenmäßigen Stellung.

Die Supplenten und Assistenten sind berechtigt, die den Lehrern der XI. Rangklasse zukommende Uniform zu tragen.

Auf die außer Dienst gestellten sowie die Lehrer im Ruhestande finden die für die aktiven Lehrer geltenden Vorschriften über das Tragen der Uniform Anwendung.

Inwieweit Lehrer zum Tragen der Uniform bei dienstlichen Anlässen verpflichtet sind, wird innerhalb der einzelnen Ressorts durch Verordnung festgesetzt.

Das Tragen der Uniform im Auslande wird durch besondere Vorschriften geregelt.

Ferien und Urlaub.

§. 50.

Lehrer, die einer Anstaltsleitung unmittelbar unterstehen, können sich, soweit nicht besondere Verpflichtungen ([], Abhaltung von obligaten Prüfungen u. dgl.) entgegenstehen, während der

§ 50.

Lehrer, die einer Anstaltsleitung unmittelbar unterstehen, können sich, soweit nicht besondere Verpflichtungen (Vertretung des Direktors, Abhaltung von Prüfungen u. dgl.) entgegenstehen,

Hauptferien von dem Orte ihrer Lehrtätigkeit entfernen; sie haben der Anstaltsleitung die Adresse bekanntzugeben, unter der ihnen im kürzesten Wege amtliche Verständigungen zukommen können.

während der Hauptferien von dem Orte ihrer Lehrtätigkeit entfernen; sie haben der Anstaltsleitung die Adresse bekanntzugeben, unter der ihnen im kürzesten Wege amtliche Verständigungen zukommen können.

Während der sonstigen Ferien haben die Lehrer gegen Meldung bei der Anstaltsleitung die Befugnis zur Entfernung vom Dienstorte, es wäre denn, daß besondere dienstliche Verhältnisse ihre Anwesenheit bei der Schule erheischen.

Direktoren (Leiter) von Anstalten haben, wenn für die flaglose Erledigung dringender Amtsgeschäfte vorgesorgt ist und nicht besondere dienstliche Rücksichten die persönliche Anwesenheit des Direktors (Leiters) in seinem Dienstorte erfordern, Anspruch auf einen Urlaub während der Hauptferien mit der Einschränkung, daß der Urlaub erst nach Abwicklung der Schlußgeschäfte beginnt und acht Tage vor Anfang des folgenden Schuljahres endet.

In der an die unmittelbar vorgesetzte Dienststelle zu erstattenden Anzeige über den beabsichtigten Antritt eines solchen Ferienurlaubes haben die Direktoren (Leiter) zugleich die Adresse bekanntzugeben, unter der ihnen im kürzesten Wege amtliche Verständigungen zukommen können.

Inwieweit eine Stellvertretung der Direktoren (Leiter) während ihrer Ferienurlaube stattzufinden hat, wird durch Verordnung festgesetzt.

statt »acht«: »drei«

(Absatz 5 entfällt.)

§ 51.

Der Antritt eines Ferienurlaubes schließt die aus besonderen dienstlichen Rücksichten gebotene vorzeitige Rückberufung des Lehrers nicht aus; in einem solchen Falle ist dem Lehrer, sobald es der Dienst zuläßt, die Fortsetzung des Ferienurlaubes zu ermöglichen. Für die durch eine unvorhergesehene Rückberufung vom Ferienurlaube verursachten Reisen werden die normalmäßigen Reisekosten vergütet.

§ 52.

Für Lehrer, auf welche die Bestimmungen des § 50 keine Anwendung finden, gelten rücksichtlich des Amtsbefuches und des Urlaubes sinngemäß die für die Staatsbeamten geltenden Vorschriften.

§ 53.

Während der Dauer eines Semesters ist zu jeder Entfernung vom Orte der Lehrtätigkeit, durch die eine Unterbrechung des Unterrichtes oder sonst eine Störung im Betriebe der Anstalt eintreten würde, die Bewilligung eines besonderen Urlaubes durch die im Verordnungswege zu bestimmende zuständige Stelle erforderlich.

§ 54.

(An Stelle des 1. und 2. Absatzes.)

Die Erteilung eines drei Monate übersteigenden Urlaubes kann an die Bedingung [] geknüpft werden, daß der Lehrer für die Substitutionskosten aufkommen wird, es sei denn, daß seine allfällige, anderweitige Betätigung eine längere Beurlaubung aus öffentlichen Rücksichten oder im wissenschaftlichen Interesse wünschenswert erscheinen läßt, in welchem Falle von der Aufstellung der erwähnten Bedingung teilweise oder ganz abgesehen werden kann.

(Absatz 3 entfällt.)

§ 54.

Die Erteilung eines drei Monate übersteigenden Urlaubes kann an die Bedingung des Verzichtes auf die Bezüge für den über den normalmäßigen Hauptferienurlaub hinausgehenden Zeitraum sowie an die Bedingung des Verzichtes auf die Anrechnung dieses Zeitraumes für die Vorrückung in höhere Bezüge und für die Bemessung des Ruhegenusses geknüpft werden.

Wenn sich ein Lehrer bereits ein Jahr lang im Urlaubsverhältnisse befunden hat, ist eine weitere Urlaubsgewährung an sämtliche im vorstehenden Absätze angegebenen Bedingungen zu knüpfen, es sei denn, daß seine allfällige anderweitige Betätigung eine längere Beurlaubung aus öffentlichen Rücksichten oder im wissenschaftlichen Interesse wünschenswert erscheinen läßt, in welchem Falle von der Aufstellung der erwähnten Bedingungen teilweise oder ganz abgesehen werden kann.

Bei Berechnung der einjährigen Urlaubsdauer ist eine dazwischenliegende aktive Dienstleistung nur dann als Unterbrechung anzusehen, wenn sie mindestens die halbe Dauer des unmittelbar vorher genossenen Urlaubes erreicht; in diesem Falle ist das Jahr erst vom Ende der zwischen den beiden Urlaubsperioden gelegenen Dienstleistung an zu rechnen. Bei einer dazwischenliegenden Dienstleistung von kürzerer Dauer sind bei Berechnung des einjährigen Urlaubes die einzelnen Urlaubsabschnitte zusammenzurechnen.

Diese Bestimmungen finden auf die Beurlaubung mit Bartgebühr keine Anwendung.

Für die Behandlung von Lehrern in Krankheitsfällen gelten die Bestimmungen der §§ 38 und 92.

§ 55.

Die Überschreitung des Urlaubes ist dem eigenmächtigen Fernbleiben vom Schuldienste gleichzuhalten.

§ 56.

Wenn sich ein Lehrer beim Auftreten von ansteckenden Krankheiten in seiner Familie bereit erklärt, sich von den erkrankten Angehörigen vollständig abzusondern, und dieses Anerbieten von der vorgesetzten Behörde angenommen wird, so sind ihm die tatsächlich erwachsenen und unbedingt notwendigen Auslagen, und zwar bis zur Höchstdauer von drei Monaten zu ersetzen.

»und zwar bis zur Höchstdauer von drei Monaten« (entfällt.)

Bezüge.

§ 57.

Jeder in eine Rangklasse eingereihte definitive oder provisorische Lehrer hat Anspruch auf die nach

Die nach den §§ 8, 12 und 13 des Gesetzes vom 24. Februar 1907, R. G. Bl. Nr. 55, den wirklichen Lehrern an den staatlichen Mittelschulen, nautischen Schulen, staatlichen höheren Handelsschulen (Handelsakademien) sowie den Hauptlehrern an den staatlichen Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten, ferner die nach § 6 des Gesetzes vom 19. September 1898, R. G. Bl. Nr. 175, den Lehrern in der IX. und in höheren Rangsklassen an den gewerblichen Unterrichtsanstalten nach Ablauf des ersten und zweiten Quinquenniums gebührenden Quinquennalzulagen werden um je 300 K erhöht.

Den wirklichen Lehrern, deren erste Anstellung in der X. Rangsklasse erfolgt, werden die nach den Gesetzen vom 19. September 1898, R. G. Bl. Nr. 174 und 175, und vom 24. Februar 1907, R. G. Bl. Nr. 55 gebührenden sechs Quinquennalzulagen um je 100 K erhöht.

Für die Zuerkennung dieser Gehaltserhöhungen sowie für die im § 64 und 65 vorgesehene Beförderung in höhere Rangsklassen ist jede sowohl vor als auch nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vor der Ernennung in der für die betreffende Lehrerkategorie in Betracht kommenden Rangsklassen ohne Unterschied der Schulgruppen, der dienstlichen Stellung, der etwaigen unverschuldeten Dienstunterbrechung sowie des Ausmaßes der Lehrverpflichtung, im Schuldienste zurückgelegte Dienstzeit vollständig einzurechnen. Etwaige Personalzulagen sind ausnahmslos ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Bewilligung nach Maßgabe des Anfalles der bezeichneten Zulagenerhöhungen zu vermindern, beziehungsweise einzuziehen.

Die nach § 3 des Gesetzes vom 19. September 1898, R. G. Bl. Nr. 173 den Direktoren an staatlichen Mittelschulen und Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten gebührende Funktionszulage wird auf 1600 K erhöht. Außerdem erhalten die Direktoren von Vollanstalten eine Zulage von 200 K für jede Parallelklasse. Als Parallelklassen im Sinne dieser Bestimmung gelten auch die einer Mittelschule angegliederten Klassen einer gleichartigen Mittelschultype. Direktoren, denen zugleich eine vollständige Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt untersteht, haben Anspruch auf die doppelte Funktionszulage.

den geltenden Gesetzen seiner dienstlichen Stellung entsprechenden Bezüge.

Die nach den §§ 8, 12 und 13 des Gesetzes vom 24. Februar 1907, R. G. Bl. Nr. 55, den wirklichen Lehrern an den staatlichen Mittelschulen, nautischen Schulen, staatlichen höheren Handelsschulen (Handelsakademien) sowie den Hauptlehrern an den staatlichen Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten, ferner die nach § 6 des Gesetzes vom 19. September 1898, R. G. Bl. Nr. 175, den Lehrern in der IX. und in höheren Rangsklassen an den gewerblichen Unterrichtsanstalten nach Ablauf des vierten und fünften Quinquenniums gebührenden Quinquennalzulagen werden um je 100 K erhöht.

Hierbei ist sowohl die vor als die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vollstreckte anrechenbare Dienstzeit in Anschlag zu bringen. Etwaige Personalzulagen sind ausnahmslos ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Bewilligung nach Maßgabe des Anfalles der bezeichneten Zulagenerhöhungen zu vermindern, beziehungsweise einzuziehen.

§ 58.

Die Remunerationen der Supplenten und der Assistenten haben den Charakter von Adjuten.

Supplenten, die bisher nach dem Substitutionsnormale vom 3. Juni 1839 bemessene Substitutionsgebühren bezogen haben, erhalten mit dem Inkraft-

Die übrigen Supplenten und Assistenten erhalten ohne Unterschied auf die Lehrverpflichtung ein Jahresadjutum von 2400 K, wobei rücksichtlich der Lehrverpflichtung die für die definitiven Lehrer geltenden Vorschriften anzuwenden sind.

Die normalmäßigen Remunerationen für Überstunden sind mit dem zwanzigsten Teile des für die betreffende Lehrerkategorie in Betracht kommenden Stammgehaltes zu bemessen.

statt »Remunerationen«: »Adjuten«

Nach Erlangung dieser Lehrbefähigung zählt auch eine vorher als Supplent (Assistent) zurückgelegte Dienstzeit in gleichem Ausmaße für die Erhöhungen.

statt »Remunerationserhöhung«: »Adjutums-
erhöhung.«

statt »Remunerationen«: »Adjuten und Mehr-
leistungsvergütungen«

treten dieses Gesetzes normalmäßige Remunerationen nach dem Maßstabe von 70 K jährlich für jede wöchentliche Unterrichtsstunde.

In der Bemessung der normalmäßigen Remunerationen für die übrigen Supplenten und die Assistenten tritt keine Änderung ein.

§ 59.

Die den Supplenten und den Assistenten nach § 58, Absatz 2 und 3 gebührenden normalmäßigen Remunerationen erhöhen sich nach dem zweiten, vierten und sechsten Jahre der Dienstleistung um je zehn Prozent, wenn diese Verwendungsjahre, sei es vor oder nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, an staatlichen oder mit dem Öffentlichkeitsrechte belehnenen nichtstaatlichen Anstalten, und zwar sofern für die betreffende Diensteskategorie eine bestimmte Lehrbefähigung vorgeschrieben ist, nach deren Erlangung mit wenigstens entsprechender Qualifikation zurückgelegt wurden.

Über die Zuerkennung der Remunerationserhöhung wird ein Dekret ausfertigt, das den Beginn der Erhöhung angibt.

Das Gesetz vom 8. Juli 1886, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend eine Dienstesalterszulage der Supplenten (Hilfslehrer) an den vom Staate erhaltenen Mittelschulen, Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten, tritt außer Kraft.

§ 60.

Die Bezüge sind nach Maßgabe der §§ 57 bis 59 in monatlichen Antizipativraten flüssig zu machen.

Die Bezüge der definitiv oder provisorisch angestellten Lehrer sind vom Ersten des der Anstellung (§§ 10 und 12) folgenden Monats und, wenn die Rechtswirksamkeit der Anstellung im Dekret mit dem Ersten eines Monats festgesetzt wird, von diesem Tage anzuweisen. Diese Bezüge sind mit dem Letzten jenes Monats, innerhalb dessen der Lehrer mit Dekret enthoben und tatsächlich aus dem Dienstverhältnis geschieden ist, im Falle des Ablebens mit dem Letzten des Sterbemonats einzustellen.

Den Supplenten und den Assistenten sind die Remunerationen vom Tage des tatsächlichen Dienst-
antrittes (§§ 10 und 12) flüssig zu machen und

mit jenem Tage, an welchem die Dienstleistung in der Eigenschaft eines Supplenten oder eines Assistenten endet, einzustellen.

statt »(Remunerations«: »Adjutums«

Erlangung von Gehalts(Remunerations)erhöhungen.

§ 61.

Die definitiven Lehrer haben Anspruch auf die gesetzlich vorgesehenen Gehaltserhöhungen, die nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen mit den sich aus diesem Gesetze ergebenden Änderungen anerkannt werden.

Über die Erlangung einer Gehaltserhöhung wird ein Dekret ausfertigt, in welchem der Tag ihres Beginnes anzugeben ist.

statt »Remunerations«: »Adjutums-erhöhungen«

Auf die in diesem Gesetze vorgesehenen Remunerationserhöhungen der Supplenten und der Assistenten finden die einschlägigen für die definitiven Lehrer geltenden Vorschriften sinngemäße Anwendung.

§ 62.

Bei der Neu- oder Wiederaufstellung in einem diesem Gesetze unterliegenden Staatslehrendienstverhältnisse kann die Zentralstelle unter besonderen Umständen die Anrechnung eines bestimmten Zeitraumes in Absicht auf Erlangung einer Gehalts(Remunerations)erhöhung bewilligen.

statt »(Remunerations«: »Adjutums«
(Absatz 2 entfällt.)

Die Übernahme eines Lehrers in einen anderen Dienstzweig kann davon abhängig gemacht werden, daß die im bisherigen Dienstzweige zugebrachte Zeit für die Erlangung der gesetzlichen Gehalts(Remunerations)erhöhungen innerhalb des neuen Dienstzweiges ganz oder teilweise berücksichtigt bleibe.

Verleihung höherer Dienstposten.

§ 63.

Für die Verleihung höherer Dienstposten sind die besondere Eignung, die pädagogische Bewährung und Befähigung, die Erfolge im Unterricht und in der Erziehung sowie die Verwendbarkeit und Vertrauenswürdigkeit maßgebend.

Beförderung (Einreihen) in eine höhere Rangklasse.

§ 64.

Die Beförderung (Einreihung) der Lehrer in höhere Rangklassen erfolgt nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften.

(Entfällt.)

Zeitvorrückung.

§ 65.

Den definitiven Lehrern, die nicht nach den Bestimmungen dieses Gesetzes von einer Beförderung in eine höhere Rangklasse oder von der Erlangung der gesetzlichen Gehaltserhöhungen ausgeschlossen sind, steht — eine wenigstens entsprechende Qualifikation vorausgesetzt — gemäß dem nachstehenden Schema der Anspruch zu, im Wege der Zeitbeförderung in die nächsthöhere Rangklasse befördert zu werden, sobald sie eine nach § 57 für die Gehaltserhöhungen und Zeitbeförderung anrechenbare Zeit in der nachfolgend angegebenen Dauer (Zeitbeförderungsfrist) in ihrer bisherigen Rangklasse zugebracht haben.

Den definitiven Lehrern, die nicht nach den Bestimmungen des Gesetzes von einer Beförderung in eine höhere Rangklasse oder von der Erlangung der gesetzlichen Gehaltserhöhungen ausgeschlossen sind, steht — eine wenigstens entsprechende Qualifikation vorausgesetzt — gemäß dem nachstehenden Schema der Anspruch zu, im Wege der Zeitvorrückung ohne Änderung der rangklassenmäßigen Stellung den Genuß jener Bezüge zu erlangen, welche nach den für Staatslehrpersonen geltenden gesetzlichen Bestimmungen mit der nächsthöheren Rangklasse verbunden sind, sobald sie innerhalb desselben Dienstzweiges eine für die Gehaltserhöhungen anrechenbare Zeit in der nachfolgend angegebenen Dauer (Zeitvorrückungsfrist) ununterbrochen in ihrer bisherigen rangklassenmäßigen Stellung als definitive Lehrer tatsächlich zugebracht haben.

Die definitiven Lehrer, die aus der Gruppe der Werkmeister hervorgegangen sind, haben keinen Anspruch auf die Zeitvorrückung.

§ 66.

Für die Zeitvorrückung werden drei Gruppen unterschieden, je nachdem gesetzlich die erste definitive Anstellung in der:

- A. IX. Rangklasse,
- B. X. „ oder
- C. XI. „ erfolgt.

In die Gruppe A gehören jene Lehrer, welche akademische Bildung oder vollständige Lehramtsprüfung für die wissenschaftlichen Fachgruppen oder die Gruppen fürs Zeichnen an Mittelschulen, für Religion an Mittelschulen auch ohne zweites Fach besitzen.

Doch sind die Zentralbehörden ermächtigt, die Zeit, die in der kommerziellen oder gewerblichen Praxis zugebracht wurde, in besonderen Fällen bei der Anstellung entsprechend zu berücksichtigen,

Die Beförderungsfristen sind folgende:

Dauer der einrechenbaren Dienstzeit in der	in der Gruppe		
	A	B	C
	Jahre		
XI. Rangklasse . . .	—	—	9
X. „ . . .	—	9	8
IX. „ . . .	9	8	—
VIII. „ . . .	8	—	—

Hinsichtlich jener Diensteskategorien, für welche die Voraussetzungen obigen Schemas nicht zutreffen,

Die Zeitvorrückungsfristen sind folgende:

Dauer des Genusses der Bezüge der	in der Gruppe		
	A	B	C
	Jahre		
XI. Rangklasse . . .	—	—	6
X. „ . . .	—	7	8
IX. „ . . .	7	—	—
VIII. „ . . .	7	—	—

Hinsichtlich jener Diensteskategorien, für welche die Voraussetzungen obigen Schemas nicht zutreffen,

wird die Beförderung in höhere Rangklassen [] durch die Zentralstelle geregelt.

wird die Vorrückung in die Bezüge einer höheren Rangklasse (Zeitvorrückung) durch die Zentralstelle geregelt.

§ 67.

statt »Zeitvorrückungs-«: »Beförderungs-«

Bei Berechnung der Zeitvorrückungsfrist kommen jene Jahre, für die dem Lehrer nicht wenigstens eine entsprechende Qualifikation zuerkannt wurde, sowie jene Zeiträume nicht in Betracht, die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes für die Erlangung der gesetzlichen Gehaltserhöhungen nicht anrechenbar sind.

Jenen Lehrern, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes im Dienste stehen, ist die vorher in der betreffenden Rangklasse tatsächlich zurückgelegte Dienstzeit (§ 66) in die Zeitvorrückungsfrist einzurechnen.

§ 68.

statt »Zeitvorrückung«: »Beförderung«

Sind bei einem definitiven Lehrer, der den Anspruch auf die Zeitvorrückung erlangt hat, seit der letzten Qualifikationsbestimmung Umstände eingetreten, die es fraglich erscheinen lassen, ob seine Qualifikation noch als entsprechend bezeichnet werden kann, so ist mit der Durchführung der Zeitvorrückung bis zur nächsten Qualifikationsbestimmung zuzuwarten; wird der Lehrer hierbei als wenigstens entsprechend qualifiziert, so ist die Zeitvorrückung mit Rückwirkung auf den Tag nach dem Ablaufe der Zeitvorrückungsfrist zu vollziehen.

statt »Zeitvorrückung«: »Beförderung«

statt »Zeitvorrückung«: »Beförderung«
statt »Zeitvorrückungsfrist«: »Beförderungsfrist«

§ 69.

statt »Zeitvorrückung«: »Beförderung«

Der definitive Lehrer hat seinen Anspruch auf Zeitvorrückung anzumelden und die Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen darzutun.

statt »Zeitvorrückung«: »Beförderung«
statt »Zeitvorrückungs-«: »Beförderungs-«
statt »Zeitvorrückungs-«: »Beförderungs-«

Die Zeitvorrückung wird mit Rückwirkung auf den dem Ablauf der Zeitvorrückungsfrist nächstfolgenden Tag (Zeitvorrückungstag) vollzogen.

statt »Zeitvorrückung«: »Beförderung«
statt »Zeitvorrückungs-«: »Beförderungs-«

Über jede Zeitvorrückung wird ein Dekret ausgefertigt, in dem die Bezüge und der Zeitvorrückungstag anzugeben sind.

»provisorischen« (entfällt).

Ernennung der Supplenten und der Assistenten zu provisorischen Lehrern.

§ 70.

Die an staatlichen Anstalten angestellten Supplenten und Assistenten — und zwar sofern für die betreffende Lehrerkategorie eine bestimmte Lehrbefähigung vorgeschrieben ist, nach deren Erlangung — haben Anspruch, zu definitiven Lehrern extrastatut in der untersten bei der betreffenden Lehrerkategorie in Betracht kommenden Rangklasse ernannt zu werden, wenn sie die im nachfolgenden

Die an staatlichen Anstalten angestellten Supplenten und Assistenten werden zu provisorischen Lehrern in der untersten bei der betreffenden Lehrerkategorie in Betracht kommenden Rangklasse ernannt, wenn sie die im nachfolgenden angegebene Zeit (Beförderungsfrist) innerhalb desselben Dienstzweiges in der Eigenschaft eines mit der Lehrverpflichtung eines (wirklichen) Lehrers beschäftigten

angegebene Zeit (Beförderungsfrist) ohne Unterschied der Schulgruppen sowie des Ausmaßes der Lehrverpflichtung an staatlichen oder mit dem Öffentlichkeitsrechte beliehenen nichtstaatlichen Anstalten mit wenigstens entsprechender Qualifikation in der Eigenschaft eines Supplenten oder Assistenten zugebracht haben.

Die Beförderungsfrist beträgt für Supplenten und Assistenten, deren erste definitive Anstellung in der IX. oder X. Rangklasse erfolgt, je fünf Jahre, für diejenigen, deren erste Anstellung in der XI. Rangklasse erfolgt, drei Jahre, sofern sie nicht früher für eine systemisierte Stelle ernannt werden.

(Die Absätze 3, 4, 5 entfallen.)

Supplenten oder Assistenten an staatlichen oder mit dem Öffentlichkeitsrechte beliehenen nichtstaatlichen Lehranstalten zugebracht und während dieser Zeit den im § 59 für die Erlangung der Remunerationserhöhungen festgesetzten Bedingungen entsprochen haben.

Die Beförderungsfrist beträgt für Supplenten und Assistenten der Gruppen A und B je acht Jahre und der Gruppe C vier Jahre.

Die provisorischen Lehrer der Gruppe A beziehen einen Gehalt von jährlich 2400 K sowie die systemmäßige Aktivitätszulage der IX. Rangklasse, jene der Gruppe B einen Gehalt jährlicher 2000 K nebst der systemmäßigen Aktivitätszulage der X. Rangklasse. Die provisorischen Lehrer haben keinen Anspruch auf Zuerkennung von Quinquennalzulagen. Mit der Ernennung zum definitiven Lehrer ist ihnen die in der Eigenschaft eines provisorischen Lehrers vor oder nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zurückgelegte Dienstzeit unter den sich aus diesem Gesetze ergebenden Voraussetzungen für den Anfall der Quinquennalzulagen anzurechnen.

Provisorische Lehrer der Gruppe C beziehen einen Gehalt von jährlich 1400 K und die systemmäßige Aktivitätszulage der XI. Rangklasse.

Den Supplenten oder Assistenten, die nicht mit der Lehrverpflichtung eines (wirklichen) Lehrers an staatlichen oder an mit dem Öffentlichkeitsrechte beliehenen nichtstaatlichen Anstalten in Verwendung standen, wird diese Dienstzeit, wenn sie während derselben den im § 59 für die Erlangung der Remunerationserhöhungen festgesetzten Bedingungen entsprechen in die Beförderungsfrist in dem Verhältnisse ihrer tatsächlichen lehramtlichen Verwendung (wöchentliche Stundenzahl) zu dem Mindestansmaße der Lehrverpflichtung eines (wirklichen) Lehrers der gleichen Kategorie eingerechnet.

Die Bestimmungen der §§ 66 bis 69 finden sinngemäße Anwendung.

Nebenbezüge und -gebühren.

§ 71.

Ob, in welchem Ausmaße und unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen einem Lehrer für die Dauer einer bestimmten Verwendung der Anspruch auf eine Amts- oder Naturalwohnung, in deren Ermangelung auf ein Quartieräquivalent (einen Wohnungsgeldzuschuß) oder auf irgendwelche Nebenbezüge an Geld oder Naturalien zukommt, wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

Der Anspruch auf die normalmäßigen Diäten, auf Reise- und auf Substitutionsgebühren bei aus-

In Fällen dienstlicher Übersiedlung aus welchem Grunde immer, ausgenommen den Fall der

strafweisen Versetzung auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses, hat der Lehrer ein Recht auf die seiner Rangklasse oder seinem Gehalte entsprechenden Überfiedlungskosten — ein lediger einen Monatsgehalt, ein verheirateter den doppelten, mit mehr als zwei Kindern den dreifachen Monatsgehalt — und auf Ersatz aller aus seinem bisherigen Amtsverhältnisse erwachsenen Kosten.

Für besondere Dienstverrichtungen außerhalb des Anstaltsgebäudes, für die Überwachung von Jugendspielen und Schulerkursionen, ferner für die Teilnahme an Prüfungen, welche während der vorgeschriebenen Ferienzeiten vorzunehmen sind u. dgl., gebühren dem Lehrer außer dem Ersatze von tatsächlichen Reisekosten die rangklassenmäßigen Diäten, den Supplenten und Assistenten die Diäten der X. Rangklasse.

wärtigen Dienstesverwendungen sowie auf Überfiedlungsgebühren richtet sich nach den hierüber erlassenen Vorschriften.

Den Supplenten und Assistenten kommen diese Gebühren nach dem für die Staatsbeamten in der untersten Gehaltsstufe der XI. Rangklasse vorgeschriebenen Ausmaße zu.

Gehaltsvorschuß.

§ 72.

Einem definitiven oder provisorischen Lehrer, der durch Krankheit oder Unglücksfälle unverschuldet in eine Notlage geraten ist, wird auf Ansuchen ein unverzinslicher, binnen längstens zwei Jahren rückzahlbarer Vorschuß aus Staatsmitteln bis zur Höhe der dreimonatlichen Gehaltsquote gewährt, insoweit seine Bezüge nicht bereits bis zum zulässigen Höchstaussaß belastet sind.

Eine weitergehende Begünstigung bei Bewilligung von Gehaltsvorschußen ist dem Ermessen der zuständigen Stelle vorbehalten, der in diesen Fällen auch die Festsetzung der Rückzahlungsmodalitäten sowie der etwa gebotenen Sicherungsmaßnahmen überlassen bleibt.

Ruhe- und Versorgungsgenüsse.

§ 73.

Der Anspruch eines Lehrers auf einen Ruhegenuß (Abfertigung) sowie die Ansprüche der Hinterbliebenen eines Lehrers auf das Sterbequartal, dann auf Versorgungsgenüsse (Abfertigung) sind mit den Abänderungen, die sich aus diesem Gesetze ergeben, nach den geltenden Vorschriften zu beurteilen.

§ 74.

Für die Bemessung der Ruhegenüsse ist jede vor oder nach Erlangung der allfälligen Lehrbefähigung im Schuldienste ohne Unterschied der Verwendung, einer etwaigen unverschuldeten Dienstunterbrechung sowie des Ausmaßes der Lehrverpflichtung zugebrachte Dienstzeit einzurechnen.

Die bezüglichlichen Bestimmungen des § 1 des Gesetzes vom 9. April 1870, R. G. Bl.

§ 74.

Die Dienstzeit, die ein Supplent oder Assistent nach Erwerb der vollen Lehrbefähigung — wenn eine solche für seine Dienstkategorie vorgeschrieben ist — an staatlichen oder an mit solchen im Reziprozitätsverhältnisse stehenden nichtstaatlichen Anstalten nicht mit der Lehrverpflichtung eines (wirklichen) Lehrers bis zu seiner Ernennung zum Lehrer zurückgelegt hat, ist in dem Verhältnisse seiner tatsächlichen lehramtlichen Verwendung (wöchentliche Stundenzahl) zu dem Mindestausmaß der

Nr. 47, werden in der Weise ergänzt, daß hinsichtlich derjenigen Lehrer, bei denen je drei im Schuldienste vollständig zurückgelegte Jahre für vier gezählt werden, in demselben Verhältnisse auch Bruchteile eines Trienniums umzurechnen sind.

Außerdem ist der aliquote Teil der nächsten Dienstalterszulage in die für die Bemessung des Ruhegenusses maßgebenden Bezüge einzurechnen.

Für die Direktoren ist die im § 57 festgesetzte Funktionszulage im zuletzt bezogenen Ausmaße in die für den Ruhegenuß maßgebenden Bezüge einzubeziehen.

Im Ernennungsdekrete ist die Anrechnung der bisherigen Dienstjahre für die Bemessung des Ruhegenusses, unbeschadet einer späteren günstigeren Behandlung auszusprechen.

»wobei jedoch in Fällen des Gesetzes vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 47, eine Umrechnung im Sinne des § 1, Absatz 2, dieses Gesetzes unterbleibt« (entfällt.)

Supplenten und Assistenten [] haben unter obigen Voraussetzungen Anspruch auf einen Ruhegenuß im vollen Ausmaße des zur Zeit des Unfalles bezogenen Adjutums.

Lehrverpflichtung eines (wirklichen) Lehrers der gleichen Kategorie für die Bemessung des Ruhegenusses anzurechnen.

§ 75.

Einem Lehrer, der

1. wegen Erblindung, Geistesstörung, einer sonstigen schweren unheilbaren Krankheit oder infolge eines nicht in Ausübung des Dienstes erlittenen Unglücksfalles ohne sein vorsätzliches Verschulden zur weiteren Dienstleistung und zu jedem anderen Erwerbe unfähig wird oder der

2. erwiesenermaßen und ausschließlich infolge einer bei Verrichtung einer Dienstesobliegenheit ohne vorsätzliches Verschulden erlittenen körperlichen Beschädigung dienstunfähig wird und nicht der Unfallversicherungspflicht unterliegt,

werden für die Bemessung des Ruhegenusses zu seiner anrechenbaren Dienstzeit zehn Jahre zugerechnet, wobei jedoch in Fällen des Gesetzes vom 9. April 1870, R. G. Bl. Nr. 47, eine Umrechnung im Sinne des § 1, Absatz 2, dieses Gesetzes unterbleibt.

Überdies kann in dem im vorstehenden Absatz unter Zahl 2 erwähnten Falle unter besonders rücksichtswürdigen Umständen von der Zentralstelle der Ruhegenuß in einem noch höheren Ausmaße bis zum vollen Betrage der für die Ruhegenußbemessung anrechenbaren Bezüge zugestanden werden.

Supplenten und Assistenten, die durch einen im Dienste ohne vorsätzliches Verschulden erlittenen Unfall dienstunfähig geworden sind haben Anspruch auf einen Ruhegenuß im vollen Ausmaße der zur Zeit des Unfalles bezogenen Remuneration. Dieser Ruhegenuß darf jedoch jenen Betrag nicht übersteigen, der sich ergeben würde, wenn der Supplent (Assistent) im entscheidenden Zeitpunkt bereits den Anfangsgehalt einer Lehrstelle jener Diensteskategorie bezogen hätte, der er in seiner letzten Verwendungsbeziehung angehörte.

Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden auf die der Unfallversicherungspflicht unterliegenden Lehrer insoweit Anwendung, als der normalmäßige

Ruhegenuß zuzüglich der Unfallrente niedriger sein sollte als der Ruhegenuß nach Absatz 1.

§ 76.

Die Hinterbliebenen eines Lehrers, der infolge eines im Dienste ohne vorsätzliches Verschulden erlittenen Unfalles gestorben ist, erhalten unter allen Umständen normalmäßige Versorgungsgenüsse.

Den Hinterbliebenen eines Lehrers, der bereits den Anspruch auf einen Ruhegenuß erlangt hatte, können in solchen Fällen bei Vorhandensein besonders rücksichtswürdiger Umstände von der Zentralstelle höhere als die normalmäßigen Versorgungsgenüsse bis zum Ausmaße der für die Hinterbliebenen von Lehrern der nächsthöheren und, insofern es sich um die Hinterbliebenen eines Lehrers handelt, der im Genuße der Bezüge der XI., X. und IX. Rangklasse gestanden ist, der zweithöheren Rangklasse festgesetzten Versorgungsgenüsse bewilligt werden.

»mit der vollen Lehrverpflichtung eines (wirklichen) Lehrers beschäftigten« (entfällt).

Die Hinterbliebenen eines mit der vollen Lehrverpflichtung eines (wirklichen) Lehrers beschäftigten Supplenten oder Assistenten, der infolge eines im Dienste ohne vorsätzliches Verschulden erlittenen Unfalles gestorben ist, erhalten Versorgungsgenüsse in jener Höhe, in der sie den Hinterbliebenen gebühren würden, wenn der Supplent (Assistent) eine Lehrstelle der niedersten Rangklasse jener Diensteskategorie schon bekleidet hätte, der er in seiner letzten Verwendung angehörte.

§ 77.

Die Versorgungsgenüsse der Witwen und Waisen eines Lehrers, dessen letzter Gehalt einschließlich einer ihm etwa zukommenden für die Pensionsbemessung anrechenbaren Funktionszulage höher war, als seiner Rangklasse zukam, werden nach jener höheren Rangklasse festgesetzt, welche den für die Pensionsbemessung anrechenbaren Gesamtbezügen des Verstorbenen entspricht.

Wenn ein Lehrer zuletzt im Genuße von Bezügen stand, die gemäß dem für Staatsbeamten geltenden Besoldungsschema mindestens jenen in der niedersten Gehaltsstufe einer höheren Rangklasse entsprechen, so sind die Versorgungsgenüsse der Hinterbliebenen nach dieser höheren Rangklasse zu bemessen. Diese Bestimmung findet jedoch auf Versorgungsgenüsse der Hinterbliebenen von Lehrern keine Anwendung, die infolge einer Disziplinarstrafe von der Zeitvorrückung vor der Erlangung gesetzlicher Gehaltserhöhungen ausgeschlossen waren.

§ 78.

statt »Zeitvorrückung«: »Zeitbeförderung«

Im Falle der Zeitvorrückung bilden die hierdurch angefallenen Bezüge die Grundlage für die Bemessung des fortlaufenden Ruhegenusses des

Lehrers; die fortlaufenden Versorgungsgenüsse der Hinterbliebenen werden nach jener Rangklasse festgesetzt, welche dem zur Ruhegenüßbemessung anrechenbaren Gehalte des Lehrers entspricht.

Hinterbliebenen eines Lehrers, der den Anspruch auf die Erlangung der gesetzlichen Gehaltserhöhungen oder auf die Zeitvorrückung erlangt hatte, sind die Versorgungsgenüsse so zu bemessen, als wenn er bereits der höheren Bezüge theilhaftig geworden wäre.

§ 79.

Das Sterbequartal gebührt der Witwe.

Wenn die Gatten die Ehegemeinschaft aufgegeben haben — es sei denn, daß sie nur wegen der Erziehung der Kinder, aus Gesundheitsrücksichten, aus wirtschaftlichen oder ähnlichen nicht in ihren persönlichen Beziehungen gelegenen Gründen abgesondert gelebt haben — hat die Witwe keinen Anspruch auf das Sterbequartal.

Hat der Lehrer keine anspruchsberechtigte Witwe hinterlassen, so gebührt das Sterbequartal zu gleichen Theilen jenen ehelichen Nachkommen, die in der Obforgen des Verstorbenen gestanden sind.

Hat der Lehrer keine nach Absatz 1 oder 2 anspruchsberechtigten Personen hinterlassen, so gebührt das Sterbequartal, und zwar zur ungetheilten Hand, denjenigen versorgten ehelichen Nachkommen, welche die Kosten des standesgemäßen Begräbnisses aus eigenen Mitteln bestritten oder — wenn für das Begräbniß anderweitig vorgesorgt wurde — den Verstorbenen in seiner letzten Krankheit vor dem Tode gepflegt haben.

Die Bestimmung des Absatzes 3 findet auf gesetzliche Erben nach einem ledigen oder verwitweten kinderlosen Lehrer sinngemäße Anwendung.

In allen anderen Fällen kann das Sterbequartal ganz oder zum Theil Personen gewährt werden, die erwiesenermaßen die Begräbniskosten aus eigenen Mitteln bestritten oder den Verstorbenen in seiner letzten Krankheit vor dem Tode gepflegt haben.

§ 80.

Der normalmäßige Ruhegenuß (die Abfertigung) wird auf Grund der nach dem Standesaussweis zur Verfügung stehenden Daten berechnet.

Wenn ein Lehrer Anspruch auf einen höheren normalmäßigen Ruhegenuß erhebt, so tritt er erst vom Zeitpunkt der Geltendmachung und ausreichenden Nachweisung dieses Anspruches in den Bezug des höheren Ruhegenusses, es sei denn, daß er nachzuweisen vermag, daß ihn an der mangelhaften oder unrichtigen Eintragung im Standesaussweise kein Verschulden trifft. Das Pensionsdekret hat eine Belehrung in diesem Sinne zu enthalten.

In allen anderen Fällen ist das Sterbequartal ganz oder zum Theil Personen zu gewähren, die erwiesenermaßen die Begräbniskosten aus eigenen Mitteln bestritten oder den Verstorbenen in seiner letzten Krankheit vor dem Tode gepflegt haben.

Diese Bestimmung findet sinngemäße Anwendung, wenn ein Lehrer den Anspruch auf einen fortlaufenden Ruhegenuß geltend macht, der ihm nach den Daten des Standesausweises nicht zukommt, der Betrag der etwa bezogenen Abfertigung ist in einem solchen Falle binnen angemessener Frist durch Abzug von dem nachträglich zuerkannten fortlaufenden Ruhegenuß einzubringen.

IV. Abschnitt.

Veränderungen im Dienstverhältnisse und Auflösung desselben.

Konkursausschreibung und Besetzungsvorschläge.

§ 80 a.

Jeder Besetzung einer Lehrstelle hat eine Konkursverlautbarung vorauszugehen, in welcher die Anstalt, die Unterrichtssprache und, insofern es sich nicht um die Besetzung einer Direktor- (Weiter-)Stelle handelt, die Lehrfächer, sowie die mit der Lehrstelle verbundenen Bezüge zu bezeichnen sind.

Hinsichtlich derjenigen Lehrstellen, für deren Erlangung eine bestimmte Lehrbefähigung vorgeschrieben ist, haben sich die Konkurse lediglich auf die vorgeschriebenen Approbationsgruppen der Unterrichtsgegenstände zu beziehen.

Im Falle einer Änderung der Prüfungsgruppen ist auf bereits nach früheren Gruppen geprüfte Kandidaten bei den Konkursausschreibungen Rücksicht zu nehmen.

§ 80 b.

Wenn durch die Besetzung der ausgeschriebenen Lehrstelle eine andere gleichartige Lehrstelle erledigt wird und dieselbe mit einem anderen Bewerber gleichzeitig besetzt werden könnte, so kann eine weitere Konkursausschreibung unterlassen werden. Sollte jedoch diese Besetzung nicht gleichzeitig durchgeführt werden, so ist die weitere Konkursausschreibung zu veranlassen.

§ 80 c.

Die Konkurse sind im Amtsblatte der »Wiener Zeitung«, sowie in den amtlichen Kundmachungen der betreffenden Landesblätter zu verlautbaren.

In der Konkursausschreibung ist der letzte Tag der Bewerbungsfrist anzugeben. Die Bewerbungsfrist für definitive Lehrstellen (Direktor-, Leiterstellen) ist mit vier Wochen, vom Tage der dritten Einschaltung in die Zeitung gerechnet, zu bestimmen. Die Konkursfrist für Supplenten-(Assi-

stenten-) Stellen hat mindestens eine Woche zu betragen.

§ 80 d.

Die eingelaufenen Gesuche werden dem Lehrkörper der fraglichen Anstalt behufs Erstattung des ersten Besetzungsvorschlages übermittelt.

§ 80 e.

Hinsichtlich derjenigen Unterrichtsanstalten, welche der Zentralbehörde im Wege des Landes- schulrates oder der politischen Landesstelle unterstehen, erstattet diese Behörde auf Grund des Antrages des Lehrkörpers den zweiten Besetzungsvorschlag.

§ 80 f.

Die landesgesetzlichen Vorschriften über die Konturssauschreibung für erledigte Lehrstellen werden hiedurch nicht berührt.

Versehung.

§ 81.

Der wirkliche Lehrer (Direktor, Leiter) kann auf einen anderen Dienstposten versetzt werden:

- a) über sein Ansuchen;
- b) bei Auflassung oder Umgestaltung einer Mittelschule;
- c) aus Dienstesrücksichten auf Antrag des betreffenden Lehrkörpers, wenn die Qualifikationskommission deren Bestehen anerkennt; dasselbe gilt von Zuweisungen zur Dienstleistung;
- d) strafweise auf Grund eines Erkenntnisses der Disziplinarcommission.

Der Lehrer ad personam (§ 70) kann außerdem versetzt werden, falls der durch ihn vertretene Lehrer zur aktiven Dienstleistung zurückgekehrt ist.

Suppleuten (Assistenten) können außer diesen Fällen noch dann versetzt werden, wenn eine Änderung in der Anzahl von Parallelklassen Suppleuten (Assistenten) anderer Fachgruppen unumgänglich erfordert.

§ 81.

Der Lehrer kann innerhalb desselben Dienstzweiges des gleichen Ressorts auf jeden andern seiner Eignung entsprechenden Dienstposten oder im Wege der Beförderung auf einen höheren Posten versetzt werden.

Die landesgesetzlichen Vorschriften über die Konturssauschreibung für erledigte Lehrstellen werden hiedurch nicht berührt.

§ 82.

Bei der Versehung an einen anderen Dienstort ist unter Berücksichtigung der dienstlichen Interessen und mit tunlichster Bedachtnahme auf die persönlichen Verhältnisse des Lehrers eine angemessene Überfiedlungsfrist zu gewähren.

§ 83.

Bei einer Versehung tritt die mit dem Wechsel des Dienstortes verbundene Änderung im Ausmaße der rangklassenmäßigen Aktivitätszulage vom ersten des Monats ein, welcher der tatsächlichen Enthebung von der bisherigen Verwendung nachfolgt.

Dienstleistung bei staatlichen Behörden.

§ 84.

Unter welchen Voraussetzungen die Zuteilung eines Lehrers zur Dienstleistung bei einer Zentralstelle oder bei einer Unterbehörde derselben erfolgen kann, wird vom Chef der Zentralstelle bestimmt.

Die zu einer solchen Dienstleistung einberufenen Lehrer haben die in diesem Gesetze vorgesehenen, an die Anstaltsleitung zu richtenden Meldungen und Anzeigen dem Chef der Zentralstelle, beziehungsweise dem Vorstand der betreffenden Unterbehörde zu erstatten.

Wenn mit einer solchen Zuteilung eine Änderung des Dienstortes verbunden ist, haben die Anordnungen der §§ 82 und 83 Anwendung zu finden.

Diensttausch.

§ 85.

Ein von zwei Lehrern gleicher Kategorie angeseuchter Diensttausch kann von der zur Besetzung der beiden in Frage kommenden Dienstposten zuständigen Stelle, sofern aber die Besetzung derselben nicht der gleichen Stelle zusteht, einvernehmlich von den berufenen Stellen dann bewilligt werden, wenn hierdurch den Dienstesinteressen kein Eintrag geschieht und dem Staatsschatz keine Auslagen erwachsen.

Außerdienststellung.

§ 86.

Bewirbt sich ein Lehrer um das Mandat eines Abgeordneten für einen verfassungsmäßigen Vertretungskörper oder, wenn gesetzlich die Wahl von Ersatzmännern vorgesehen ist, um das Mandat eines Ersatzmannes, ist er von Amts wegen bis nach vollzogener Wahl in das Verhältnis außer Dienst zu stellen.

Wenn ein Lehrer zum Abgeordneten gewählt wird und die auf ihn gefallene Wahl nicht ablehnt, ist die Außerdienststellung für die Dauer des Mandates, und zwar im Falle der Wahl zum Ersatzmanne mit dem Zeitpunkte des Eintrittes oder der Einberufung in den Vertretungskörper, zu verfügen.

§ 87.

Der außer Dienst gestellte Lehrer verbleibt im ungeschmälernten Genuße des zuletzt bezogenen Gehaltes (bei Supplenten und Assistenten der zuletzt bezogenen Remuneration) einschließlich einer

des zuletzt bezogenen Adjutums

statt »(Remunerations)«: »Adjutums«
 statt »Zeitvorrückung«: »Zeitbeförderung«

etwaigen Funktionszulage und der seinem letzten Dienstort entsprechenden Aktivitätszulage.

Die im Verhältnis außer Dienst zugebrachte Zeit ist für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbar.

Die Außerdienststellung steht der Beförderung in höhere Rangklassen, der Erlangung von Gehalts- (Remunerations)erhöhungen sowie der Zeitvorrückung nicht im Wege.

§ 88.

Mit dem Entfallen des die Außerdienststellung begründenden Verhältnisses tritt der Lehrer wieder in den aktiven Dienst. Auf ordnungsmäßige Anzeige bei seiner letzten unmittelbar vorgelegten Dienststelle ist ihm seine Dienstbestimmung bekanntzugeben; die Berufung auf einen andern als den zuletzt bekleideten Dienstposten ist nach § 81 zulässig.

Beurlaubung mit Wartegebühr.

§ 89.

Steht für einen [] Lehrer infolge einer Änderung in der Organisation des Dienstes zeitweise kein Posten zur Verfügung [], so kann er vom Chef der Zentralstelle mit Wartegebühr beurlaubt werden.

Steht für einen definitiven oder provisorischen Lehrer infolge einer Änderung in der Organisation des Dienstes zeitweise kein Posten zur Verfügung oder treten Umstände ein, welche die weitere Dienstleistung eines Lehrers auf einem seiner dienstlichen Stellung und seiner Befähigung entsprechenden Posten aus wichtigen dienstlichen Rücksichten nicht zulässig erscheinen lassen, so kann er vom Chef der Zentralstelle mit Wartegebühr beurlaubt werden.

§ 90.

nach »Gehaltes« ist einzuschreiben »oder Adjutums«

Der mit Wartegebühr beurlaubte Lehrer hat Anspruch auf den vollen Betrag des zuletzt bezogenen Gehaltes, einschließlich einer ihm etwa zukommenden in die Pension einrechenbaren Funktionszulage; wenn jedoch der normalmäßige Ruhegenuß, der ihm bei seiner Versetzung in den Ruhestand zufäme, einen höheren Betrag erreicht, ist dieser flüssig zu machen.

Die im Verhältnis der Beurlaubung mit Wartegebühr zugebrachte Zeit ist für die Bemessung des Ruhegenusses und für die Erlangung von Adjutums-, Gehaltserhöhungen sowie für die Beförderung in höhere Rangklassen anrechenbar.

Die im Verhältnis der Beurlaubung mit Wartegebühr zugebrachte Zeit ist für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbar.

Ein mit Wartegebühr beurlaubter Lehrer kann jederzeit zum Wiederantritte des Dienstes auf den zuletzt bekleideten sowie auf jeden solchen Dienstposten berufen werden, auf den er nach § 81 versetzt werden kann; in diesem Falle ist er verpflichtet, sich auf behördliche Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung zur Prüfung des Fortbestandes seiner Dienstfähigkeit zu unterziehen.

Im übrigen sind die mit Wartegebühr beurlaubten Lehrer den Lehrern im zeitlichen Ruhestande gleichzuhalten.

Unterhaltsbeitrag für Supplenten und Assistenten.

§ 91.

(Entfällt.)

§ 91.

Supplenten oder Assistenten, die wenigstens ein Jahr hindurch ununterbrochen mit der Lehrverpflichtung eines (wirklichen) Lehrers, und zwar wenn für einzelne Dienstzweige des staatlichen Schuldienstes der Nachweis einer bestimmten Lehrbefähigung vorgeschrieben ist, nach deren Erlangung, in Verwendung standen und ohne eigenes Verschulden eine Verwendung im Lehramte nicht wieder erreichten, kann die Zentralstelle für die Dauer nachgewiesener Bedürftigkeit, jedoch längstens auf ein Jahr, einen Unterhaltsbeitrag bis zum Höchstbetrage von 1200 K bewilligen; doch sind sie in diesem Falle verpflichtet, sich an einer staatlichen Anstalt als Hilfskräfte (für Kanzleigeschäfte, Zwecke der Lehrmittelsammlungen, des Jugendspiels u. dgl.) verwenden zu lassen.

Die näheren Bestimmungen über die Gewährung solcher Unterhaltsbeiträge werden durch Verordnung getroffen.

Versetzung in den zeitlichen Ruhestand (Quiescierung).

§ 92.

Wenn ein definitiver oder provisorischer Lehrer zur Versetzung des bekleideten sowie jedes anderen Dienstpostens desselben Dienstzweiges, auf den er nach § 81 versetzt werden könnte, unfähig ist, sich jedoch die Wiedererlangung seiner Dienstfähigkeit voraussehen läßt, hat er Anspruch darauf, unter Zuerkennung des normalmäßigen Ruhe- als Quiescentengenußes (Abfertigung) in den zeitlichen Ruhestand versetzt zu werden.

Ein Lehrer, der die Versetzung in den zeitlichen Ruhestand anstrebt, hat sich einer amtsärztlichen Untersuchung zu unterziehen und hierbei den Zweck der Untersuchung sowie die erforderlichen Daten über seine dienstliche Stellung dem Amtsarzte bekanntzugeben; dieser sendet sein Gutachten über die Ursachen, den Grad und die voraussichtliche Dauer der Dienstunfähigkeit an die unmittelbar vorgesetzte Dienststelle des Untersuchten ein.

Der entscheidenden Behörde bleibt es vorbehalten, in zweifelhaften Fällen auf Staatskosten die Überprüfung des amtsärztlichen Zeugnisses und zu diesem Behufe eine weitere ärztliche Untersuchung des Lehrers zu veranlassen.

§ 93.

Ein Lehrer ist von Amte wegen in den zeitlichen Ruhestand zu versetzen, wenn er:

- »1.« streichen.
»oder« streichen

Der Lehrer kann von Amte wegen in den zeitlichen Ruhestand versetzt werden, wenn er:

statt »2.« »1.«

statt »3.« »2.«

statt »4.« »3.«

statt »2« »1«

statt »3« »2«

1. aus einem anderen Grunde als dem der Erkrankung die Eigenberechtigung verloren hat oder

2. infolge Krankheit länger als ein Jahr vom Dienste abwesend ist oder

3. wenn ihm infolge Krankheit durch länger als zwei Jahre eine Ermäßigung seiner Lehrverpflichtung auf oder unter die Hälfte ihres Mindestmaßes bewilligt werden mußte oder endlich

4. wenn er mit Wartegeld beurlaubt ist und nicht binnen drei Jahren zum Wiederantritte des Dienstes berufen wurde,

sofern in diesen Fällen nicht etwa die Voraussetzungen für die Versetzung in den dauernden Ruhestand vorliegen.

Bei Berechnung der im Punkte 2 vorgesehenen einjährigen Dauer einer durch Krankheit verursachten Abwesenheit vom Dienste ist eine dazwischenliegende im Urlaubsverhältnisse zugebrachte Zeit überhaupt nicht, eine dazwischenliegende aktive Dienstleistung nur dann als Unterbrechung anzusehen, wenn sie mindestens die halbe Dauer der vorhergegangenen Abwesenheit vom Dienste erreicht.

Bei Berechnung der im Punkte 3 vorgesehenen zweijährigen Dauer einer Ermäßigung der Lehrverpflichtung ist eine dazwischenliegende Verwendung des Lehrers mit normaler Lehrverpflichtung nur dann als Unterbrechung anzusehen, wenn sie mindestens die Hälfte der mit Ermäßigung der Lehrverpflichtung zurückgelegten Zeit erreicht.

§ 94.

Die infolge Dienstunfähigkeit quieszierten Lehrer sind verpflichtet, sich auf behördliche Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung zur Prüfung des Fortbestandes ihrer Dienstunfähigkeit zu unterziehen. Bei dieser Prüfung ist insbesondere auch auf die Tätigkeit des quieszierten Lehrers im zeitlichen Ruhestande Rücksicht zu nehmen.

§ 95.

Wenn der quieszierte Lehrer die Dienstfähigkeit (Eigenberechtigung) wieder erlangt, hat er auf behördliche Aufforderung den zuletzt bekleideten oder einen ihm etwa nach § 81 zugewiesenen anderen Dienstposten anzutreten.

Wenn die Aufforderung zum Wiederantritt des Dienstes vom Vorstand einer der Zentralstelle untergeordneten Behörde ausgegangen ist, kann der Lehrer innerhalb vierzehn Tagen bei der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle die Beschwerde erheben.

§ 96.

Die im zeitlichen Ruhestande zugebrachte Zeit ist für die Erlangung der gesetzlichen Gehaltsver-

höhungen nicht anrechenbar. Im Falle der Reaktivierung wird die vor der Quieszierung zugebrachte Dienstzeit für die Zuerkennung der nächsten Gehaltserhöhungen insoweit angerechnet, als sie für eine solche Zuerkennung anrechenbar war.

Wurde ein Lehrer mit Abfertigung in den zeitlichen Ruhestand versetzt und während des der Berechnung der Abfertigung zugrunde gelegten Zeitraumes reaktiviert, so ist der Mehrbezug binnen längstens zwei Jahren im Wege des Gehaltsabzuges einzubringen.

Versetzung in den dauernden Ruhestand (Pensionierung).

§ 97.

Wenn ein definitiver oder provisorischer Lehrer dienstunfähig wird und die Wiedererlangung der Dienstfähigkeit ausgeschlossen ist, hat er Anspruch darauf, unter Zuerkennung des normalmäßigen Ruhe- als Pensionsgenusses (Abfertigung) in den dauernden Ruhestand versetzt zu werden.

Für die Feststellung der bleibenden Dienstunfähigkeit gelten sinngemäß die Bestimmungen des § 92, Absatz 2 und 3

§ 98.

Ohne Rücksicht auf die nachgewiesene bleibende Dienstunfähigkeit haben Anspruch auf die Versetzung in den dauernden Ruhestand:

1. Lehrer, die das 60. Lebensjahr überschritten haben,

2. die gesetzlichen Anspruch auf den vollen Ruhegenuß erlangt haben,
statt »2«: »3«

statt »3«: »4«

2. die gemäß § 86, Absatz 2, außer Dienst gestellt und die mit Wartegebühr beurlaubten Lehrer, sowie

3. quieszierte Lehrer, die binnen drei Jahren nach erbrachtem Nachweise der vollen Dienstfähigkeit (Eigenberechtigung) eine Wiederanstellung nicht erlangt haben.

§ 99.

Von Amts wegen kann die Versetzung in den dauernden Ruhestand im Falle der bleibenden Unfähigkeit eines Lehrers, seinen Dienstposten ordnungsgemäß zu versehen, sowie unbeschadet der Bestimmungen der § 3, Absatz 1, und § 4 des Gesetzes vom 1. April 1870, R. G. Bl. Nr. 47, dann verfügt werden, wenn er das 60. Lebensjahr überschritten und — soweit es sich nicht um Lehrer handelt, die sich bereits im zeitlichen Ruhestand befinden — den gesetzlichen Anspruch auf den vollen Ruhegenuß erlangt hat.

Verfahren bei der Versetzung in den Ruhestand (Außerdienststellung und Beurlaubung mit Wartegebühr).

§ 100.

Bedenken, die sich bei Prüfung eines Gesuches um die Versetzung in den zeitlichen oder dauernden Ruhestand hinsichtlich des Zutreffens der gesetzlichen Voraussetzungen ergeben, sind dem Lehrer schriftlich bekanntzugeben; er ist berechtigt, sich hierüber binnen vierzehn Tagen zu äußern.

Ein solches Gesuch darf nur dann abgewiesen werden, wenn der Gesuchsteller innerhalb der angegebenen Frist keine Äußerung abgegeben hat oder wenn sich das Ansuchen bei der Prüfung der maßgebenden Umstände als unbegründet darstellt.

Wird ein Ansuchen um die Versetzung in den Ruhestand vom Vorstand einer der Zentralstelle untergeordneten Behörde abgewiesen, so kann der Lehrer innerhalb vierzehn Tagen bei der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle die Beschwerde erheben.

§ 101.

Wenn die Versetzung eines Lehrers in den Ruhestand von Amts wegen in Aussicht genommen ist, so ist zunächst der Lehrer davon schriftlich unter Mitteilung der Gründe mit dem Bemerkten zu verständigen, daß es ihm freisteht, binnen vierzehn Tagen seine Einwendungen vorzubringen; über diese sind die erforderlichen Erhebungen zu pflegen.

Gegen die vom Vorstand einer der Zentralstelle untergeordneten Behörde von Amts wegen verfügte Versetzung in den Ruhestand kann der Lehrer innerhalb vierzehn Tagen bei der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle die Beschwerde erheben.

Während der Dauer des Beschwerdeverfahrens ist der Lehrer als beurlaubt zu behandeln.

Bringt er innerhalb der angegebenen Frist keine Einwendung vor, so ist in derselben Weise vorzugehen, als wenn er um die Versetzung in den Ruhestand angesucht hätte.

§ 102.

Ist die Außerdienststellung oder die Beurlaubung eines Lehrers mit Wartegebühr in Aussicht genommen, so ist er davon, sofern in dem durch § 86, Absatz 2, vorgesehenen Falle die gesetzliche Voraussetzung für eine solche Verfügung nicht unzweifelhaft gegeben ist, in Anwendung des § 101, Absatz 1, behufs Vorbringung allfälliger Einwendungen in Kenntnis zu setzen.

Auflösung des Dienstverhältnisses.

§ 103.

Der Lehrer ist berechtigt, seinen Austritt aus dem Dienstverhältnisse zu erklären, soweit er nicht eine entgegenstehende Verpflichtung übernommen hat; diese Erklärung muß schriftlich bei der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle abgegeben werden.

Die Austrittserklärung bedarf der Annahme durch die zur Anstellung berufene Stelle; die Annahme einer solchen Erklärung kann an die Bedingung der ordnungsmäßigen Amtsübergabe geknüpft und nur dann verweigert werden, wenn der Lehrer entweder in Disziplinaruntersuchung steht oder mit Geldverbindlichkeiten aus dem Dienstverhältnisse aushaftet.

Der tatsächliche Dienstaustritt darf in der Regel nur am Schlusse eines Semesters oder Kurses erfolgen.

Auch ein Lehrer im Ruhestande kann freiwillig aus diesem Verhältnisse austreten.

§ 104.

Eine Austrittserklärung ist als angenommen anzusehen, wenn die Annahme nicht binnen vier Wochen verweigert wird.

Wird die Annahme einer Austrittserklärung vom Vorstand einer der Zentralstelle untergeordneten Behörde verweigert, so kann der Lehrer binnen vierzehn Tagen bei der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle die Beschwerde erheben.

§ 105.

Der Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft wird dem freiwilligen Dienstaustritte gleichgehalten.

§ 106.

Durch den Austritt aus dem Dienst (Ruhestands)verhältnisse verliert der Lehrer alle aus demselben fließenden Befugnisse, Rechte und Ansprüche für sich []. Bereits erworbene Ansprüche der Angehörigen eines solchen Lehrers bleiben für den Fall seines Ablebens aufrecht.

Durch den Austritt aus dem Dienst (Ruhestands)verhältnisse verliert der Lehrer alle aus demselben fließenden Befugnisse, Rechte und Ansprüche für sich und seine Angehörigen.

§ 107.

Das Dienstverhältnis der an gewerblichen, landwirtschaftlichen, kommerziellen und nautischen Lehranstalten sowie an Musikschulen angestellten Lehrer, deren Ernennung keine Verwendung im Lehrfache vorausgegangen ist, kann innerhalb des ersten ihrer Einreihung in eine Rangklasse folgenden Dienstjahres ohne weiteres aufgelöst werden, wenn sie in der Ausübung ihres Amtes und im übrigen Verhalten den in sie gesetzten Erwartungen oder ihrer Aufgabe nicht entsprochen haben.

§ 108.

Bei Entlassung sowie bei Auflösung des Dienstverhältnisses nach den §§ 8, 9 und 107, ferner durch den Ablauf der im Beststellungsdekrete festgesetzten Zeit verliert der Lehrer alle aus dem Dienstverhältnisse fließenden Befugnisse, Rechte und Ansprüche für sich und seine Angehörigen, sofern nicht bei einer Entlassung nach § 120 ihm oder seinen Angehörigen eine günstigere Behandlung zugesprochen wurde.

• und seinen Angehörigen • entfällt.

IVa. Abschnitt.

Pflichten und Rechte der Lehrkörper.

§ 108a.

Inwiefern in einzelnen Schulgruppen regelmäßige Beratungen (Konferenzen) der Lehrkörper unter dem Vorsteher des Direktors (Leiters) oder seines Stellvertreters stattzufinden haben, wird im Verordnungswege festgesetzt.

Eine außerordentliche Lehrerkonferenz ist jedesmal einzuberufen, wenn die Einberufung von zwei Mitgliedern des Lehrkörpers verlangt wird.

§ 108b.

Jeder wirkliche Lehrer (Direktor, Leiter) und Supplent ist verpflichtet an diesen Beratungen und den etwa erforderlichen Abstimmungen teilzunehmen, es sei denn, daß eine ihn persönlich berührende Angelegenheit in Verhandlung wäre, in welchem Falle er sich für die Dauer dieser Verhandlung zu entfernen hat.

Inwiefern auch die etwa vorhandenen Assistenten und Lehramtspraktikanten zu diesen Beratungen heranzuziehen sind und ihnen in einzelnen Fällen das Stimmrecht einzuräumen ist, wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§ 108c.

Bei Beschlußfassung entscheidet die Stimmmehrheit. Der Vorsitzende gibt seine Stimme zuletzt ab. Bei Stimmengleichheit ist diejenige Meinung als angenommen zu betrachten, der sich der Vorsitzende angeschlossen hat.

§ 108d.

Alle Anträge, welche die speziellen Bedürfnisse der Anstalt oder die allgemeinen Interessen der bezüglichen Schulgattung berühren, sind in Verhandlung zu nehmen, es sei denn, daß der Antrag über die Kompetenz des Lehrkörpers hinausgehen oder seine Annahme die Übertretung der bestehenden Vorschriften in sich schließen würde, in welchem

Falle der Vorsitzende verpflichtet ist, denselben im Vorhinein zurückzuweisen und die Zurückweisung im Protokoll zu begründen.

§ 108e.

Über jede Lehrerkonferenz wird durch einen Lehrer ein Sitzungsbericht (Protokoll) aufgenommen, welchen sämtliche anwesende Lehrer zu unterschreiben haben.

§ 108f.

In den Wirkungskreis der Lehrerkonferenz fallen:

- a) Vorschläge, für welche Fachgruppen die an der Anstalt neu errichteten Lehrstellen auszu-schreiben sind;
- b) erste Besetzungsvorschläge für an der Anstalt erledigte Lehrstellen;
- c) Zulassung von Lehramtspraktikanten zum Probefienste an der Anstalt;
- d) Vorschläge betreffend die Änderung der Lehr-pläne, der allfälligen Disziplinarordnung für Schüler und sonstiger, die lehramtliche Tätig-keit berührenden Einrichtungen;
- e) Vorschläge betreffend die Einrichtung des An-staltsgebäudes;
- f) Ankauf von Büchern und Lehrmitteln;
- g) Aufnahme von neuen Schülern;
- h) Versetzung der Schüler;
- i) Disziplinarangelegenheiten der Schüler im Bereiche der eigenen Anstalt;
- k) sofern die Schüler der betreffenden Schul-gattung ein Schulgeld zu entrichten haben, die bezüglich der Befreiungsanträge und
- l) sofern für die betreffende Schulgattung religiöse Übungen vorgeschrieben sind, die nähere Be-stimmung ihres Ausmaßes.

Ob und in welchem Ausmaße der Lehrer-konferenz noch weitere Befugnisse einzuräumen sind, wird im Verordnungswege festgesetzt.

V. Abschnitt.

Abmündung von Pflichtverletzungen.

§ 109.

Lehrer, die ihre Standes- und Amtspflichten verletzen, werden unbeschadet ihrer strafgesetzlichen Verantwortlichkeit mit Ordnungs- oder Disziplinar-strafen bestraft, je nachdem sich die Pflichtverletzung lediglich als eine Ordnungswidrigkeit oder mit Rücksicht auf die Schädigung oder die Gefährdung staatlicher, lehramtlicher oder Schulinteressen, auf die Art und die Schwere der Verfehlung, auf die Wiederholung oder auf sonstige erschwerende Umstände als ein Dienstvergehen darstellt.

§ 110.

Das Recht des Vorgesetzten, gegen untergeordnete Dienststellen Rügen auszusprechen, Lehrern Ungehörigkeiten in der Ausübung ihres Lehramtes oder in ihrem dienstlichen Verhalten auszustellen sowie denselben kraft der geltenden Vorschriften den Ersatz von Kosten oder Schäden aufzuerlegen, wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Anonyme Anzeigen dürfen nicht Gegenstand einer amtlichen Untersuchung sein.

Ordnungsstrafen.

§ 111.

Ordnungsstrafe ist: die Verwarnung [].

Ordnungsstrafen sind:

- a) die Verwarnung,
- b) die Geldbuße.

§ 112.

Das Recht zur Verhängung einer Ordnungsstrafe steht — außer der Disziplinarcommission — der Dienstbehörde sowie jedem Vorstand einer übergeordneten Behörde zu.

Vor Verhängung einer Ordnungsstrafe ist dem beschuldigten Lehrer Gelegenheit zu geben, sich schriftlich oder mündlich zu rechtfertigen.

Die verhängte Ordnungsstrafe ist dem Lehrer schriftlich unter Angabe der Gründe bekanntzugeben.

Gegen eine Ordnungsstrafe, die nicht von einer Disziplinarcommission oder vom Chef der Zentralstelle verhängt wurde, kann binnen vierzehn Tagen bei der Dienstbehörde die Beschwerde erhoben werden.

Über die Beschwerde entscheidet der Vorstand der nächsthöheren Behörde mit Ausschluß eines weiteren Rechtsmittels.

§ 113.

(Entfällt.)

§ 113.

Eine Geldbuße kann nur nach schriftlicher Androhung auferlegt werden.

Sie darf im einzelnen Falle den Betrag von 100 K nicht übersteigen. Die Summe der einem Lehrer innerhalb eines Jahres rechtskräftig auferlegten Geldbußen darf über den Betrag des einmonatlichen Gehalts (Remuneration) bezuges nicht hinausgehen.

Die Geldbußen werden erforderlichenfalls im Wege des Abzuges von den staatlichen Bezügen eingebracht.

Die eingegangenen Geldbußen sind für Wohlfahrtszwecke zugunsten der Lehrer zu verwenden; die näheren Bestimmungen hierüber werden innerhalb jedes Ressorts durch Verordnung getroffen.

Disziplinarstrafen.

§ 114.

Disziplinarstrafen sind:

- a) der Verweis,
- b) die Ausschließung von der Zeitvorrückung,
- c) die Ausschließung von der Erlangung der gesetzlichen Gehalts-(Adjutums-, Remunerations-)erhöhungen,
- d) die Versetzung auf einen anderen Dienstposten,
- e) die Minderung der Bezüge,
- f) die Versetzung in den Ruhestand [],
- g) die Entlassung.

Die durch die Gesetze vom 19. September 1898, R. G. Bl. Nr. 173, 174, 175, vorgesehene Sistierung von Quinquennalzulagen hat zu entfallen.

Gehalts-(Adjutums-, Remunerations-)erhöhungen

auf das normalmäßige Adjutum

statt »oder d«: »oder e«

Disziplinarstrafen sind:

- a) der Verweis,
- b) die Ausschließung von der Zeitvorrückung,
- c) die Ausschließung von der Erlangung der gesetzlichen Gehalts-(Remunerations-)erhöhungen,
- d) die Minderung der Bezüge,
- e) die Versetzung in den Ruhestand mit gemindertem Ruhegenuß,
- f) die Entlassung.

§ 115.

Auf Ausschließung von der Zeitvorrückung sowie von der Erlangung der gesetzlichen Gehalts-(Remunerations-)erhöhungen kann nicht für mehr als drei Jahre erkannt werden.

Die letztere Strafe schiebt nur die nächstfällige Gehalts-(Remunerations-)erhöhung hinaus.

§ 116.

Bei Berechnung der durch das Erkenntnis festgesetzten Dauer einer nach § 115 verhängten Ausschließung werden jene Zeiträume nicht gerechnet, die für die Erlangung der gesetzlichen Gehalts-(Remunerations-)erhöhungen nicht anrechenbar sind.

§ 117.

Auf Minderung der Bezüge kann nicht für mehr als drei Jahre erkannt werden; der Abzug erstreckt sich auf die systemmäßigen Bezüge, bei Supplenten und Assistenten auf die normalmäßige Remuneration und ist im Erkenntnis mit 10, 15, 20 oder höchstens 25% festzusetzen. Mit dieser Strafe ist die Ausschließung von der Vorrückung in höhere Bezüge verbunden.

Tritt der Lehrer vor Ende der Strafdauer in den Ruhestand, so vermindert sich der Ruhegenuß für den Rest der Strafdauer in dem durch das Erkenntnis festgesetzten prozentuellen Ausmaße.

§ 118.

Vor Ende der Strafdauer nach § 114, b, c oder d kann der zu einer dieser Strafen verurteilte Lehrer in eine höhere Rangklasse nicht befördert werden.

§ 119.

Auf Versetzung in den Ruhestand als Disziplinarstrafe kann entweder für einen bestimmten

Zeitraum oder dauernd erkannt werden; der Abzug von dem normalmäßigen Ruhegehalte (der Abfertigung) ist mit wenigstens 10 und höchstens 50% festzusetzen.

Nach Ablauf der durch das Erkenntnis festgesetzten Zeit ist der Lehrer so zu behandeln, als wäre er zur Zeit der Rechtskraft des Disziplinarerkenntnisses auf Grund des § 93 in den zeitlichen Ruhestand versetzt worden.

§ 120.

Bei Verhängung der Strafe der Entlassung sind dem Lehrer die eingezahlten Pensionsbeiträge rückzuvergüten. Außerdem kann im Erkenntnis . . . (wie in der Regierungsvorlage).

Bei Verhängung der Strafe der Entlassung kann im Erkenntnis ausnahmsweise einem Lehrer auf Lebensdauer oder auf beschränkte Zeit für den Fall nachgewiesener Bedürftigkeit ein fortlaufender Unterhaltsbeitrag im Höchstausmaße der Hälfte des Betrages zugesprochen werden, der ihm bei seiner Versetzung in den Ruhestand als normalmäßiger Ruhegehalt zugekommen wäre.

Wird der Lehrer selbst einer solchen Begünstigung nicht für würdig befunden, liegen aber besondere Umstände vor, die für eine Berücksichtigung seiner schuldlosen Angehörigen sprechen, so kann diesen unter der Voraussetzung, daß ihnen beim Ableben des Lehrers zur Zeit der Rechtskraft des Erkenntnisses ein gesetzlicher Anspruch auf Versorgungsgenüsse zugestanden wäre, im Erkenntnis ein entsprechender Unterhaltsbeitrag im Höchstausmaße ihrer normalmäßigen Versorgungsgenüsse zugesprochen werden.

statt »kann . . . gewahrt werden«: »ist . . . zu wahren«.

In beiden Fällen kann außerdem den schuldlosen Angehörigen für den Fall des Ablebens des entlassenen Lehrers der Anspruch auf die normalmäßigen oder auf verminderte Versorgungsgenüsse gewahrt werden.

Die gesetzlichen Bestimmungen über den Verlust von Ruhe- und Versorgungsgenüssen infolge einer strafgerichtlichen Verurteilung gelten auch für solche Unterhaltsbeiträge.

§ 121.

Bei Bestimmung der Disziplinarstrafe ist im einzelnen Falle auf die Schwere des Dienstvergehens und die daraus entstandenen Nachteile sowie auf den Grad des Verschuldens und das gesamte bisherige Verhalten des Lehrers Rücksicht zu nehmen.

Die in besonderen Vorschriften enthaltenen Strafbestimmungen, durch die gewisse Pflichtverletzungen mit bestimmten Disziplinarstrafen bedroht sind, treten außer Wirksamkeit.

§ 122.

Disziplinarstrafen können nur durch Erkenntnis der zuständigen Disziplinarkommission auf Grund

eines vorschriftsmäßig durchgeführten Disziplinarverfahrens verhängt werden.

§ 123.

Gegen einen Lehrer, der einem verfassungsmäßigen Vertretungskörper als Mitglied angehört, darf während der Dauer der Session ohne Zustimmung des Vertretungskörpers ein Disziplinarverfahren weder eingeleitet noch fortgeführt werden.

Disziplinarcommissionen und Anwälte.

§ 124.

Zur Durchführung des Disziplinarverfahrens werden Disziplinarcommissionen eingesetzt:

- a) bei den Zentralstellen,
- b) bei den Landeschulräten und bei den politischen Landesstellen für die ihnen unterstehenden Lehrer.

Bei jenen Landeschulräten, die gesetzlich in Sectionen geteilt sind, ist für jede Section eine Disziplinarcommission einzusetzen.

§ 125.

Die bei den Zentralstellen eingesetzten Disziplinarcommissionen sind:

- a) unmittelbare Disziplinarinstanz für die bei den Zentralstellen in Verwendung stehenden Lehrer,
- b) Berufungs-(Beschwerde)instanz bezüglich der Erkenntnisse und Beschlüsse der gemäß § 124, b, eingesetzten Disziplinarcommissionen.

Ist eine gemäß § 124, b, eingesetzte Commission für Lehrer verschiedener Ressorts zuständig, so geht die Berufung (Beschwerde) an die Disziplinarcommission jener Zentralstelle, welcher der beschuldigte Lehrer ressortmäßig untersteht.

§ 126.

Für die Lehrer an den einer Zentralstelle unmittelbar unterstehenden Lehranstalten hat der Chef der Zentralstelle durch Verordnung zu bestimmen, welche der im § 124 bezeichneten Disziplinarcommissionen das Verfahren durchzuführen hat.

In Ermangelung einer solchen besonderen Anordnung ist die bei der politischen Landesstelle eingesetzte Disziplinarcommission zur Durchführung des Verfahrens berufen.

§ 127.

Für die Beurteilung der Zuständigkeit ist die dienstliche Verwendung des Lehrers im Zeitpunkte der

Einleitung des Disziplinarverfahrens, und zwar auch dann maßgebend, wenn der Beschuldigte das ihm zur Last gelegte Dienstvergehen in einem früheren, anders gearteten staatlichen Dienstverhältnisse begangen hat; in Fällen letzterer Art ist das Vorhandensein und die Strafbarkeit des Dienstvergehens zunächst nach jenen Dienstvorschriften zu beurteilen, welchen der Beschuldigte in dem Dienstverhältnis zur Zeit der Begehung der pflichtwidrigen Handlung unterworfen war, bei der Erkenntnis schöpfung jedoch auch die Eignung und die Vertrauenswürdigkeit des Lehrers in Hinsicht auf die gegenwärtig bekleidete Stellung in Erwägung zu ziehen.

Streitigkeiten über die Zuständigkeit entscheidet die Disziplinarcommission der Zentralstelle.

§ 128.

Aus wichtigen Gründen, insbesondere wenn bei einer nach § 124, b, eingesetzten Disziplinarcommission die zur Bildung des Senates erforderliche Anzahl von Mitgliedern nicht zur Verfügung steht, kann mit Genehmigung der Zentralstelle die Durchführung eines bestimmten Disziplinarverfahrens einer anderen als der nach diesen Bestimmungen zuständigen Disziplinarcommission übertragen werden.

§ 129.

Die Disziplinarcommissionen werden in folgender Art zusammengesetzt:

1. Bei den Zentralstellen aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertretern und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern, die vom Chef der Zentralstelle aus deren rechtskundigen Beamten und aus Mitgliedern des Lehrstandes oder sonstigen Fachmännern für eine dreijährige Funktionsdauer bestellt werden.

2. Bei den Landeschulräten, beziehungsweise bei deren Sektionen nach den durch die Landesgesetzgebung zu treffenden Bestimmungen, wobei der Grundsatz zu beobachten ist, daß in die Reihe der zu bestellenden Mitglieder der Disziplinarcommission außer den Mitgliedern des Landeschulrates, beziehungsweise der zuständigen Sektion, nach Bedarf auch rechtskundige Beamte der politischen Landesstelle sowie Lehrer an staatlichen Unterrichtsanstalten mit der Maßgabe zu berufen sind, daß jede Schulgruppe ihre entsprechende Vertretung findet.

3. Bei den politischen Landesstellen aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertretern und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern, die vom Chef der Zentralstelle aus den rechtskundigen Beamten der politischen Landesstelle und aus Mitgliedern des Lehrstandes oder sonstigen Fachmännern für eine dreijährige Funktionsdauer bestimmt werden.

§ 130.

Die Disziplinarcommissionen verhandeln und entscheiden in Senaten, die aus dem Vorsitzenden

oder dessen Stellvertreter und vier Beisitzern bestehen.

Bei den Zentralstellen und bei den politischen Landesstellen müssen von den Beisitzern je zwei dem Kreise der rechtskundigen Beamten und dem der Fachmänner entnommen werden.

Bei den Landeschulräten, beziehungsweise bei deren Sektionen wird die Zusammensetzung der Disziplinarsenate durch die Landesgesetzgebung mit Beobachtung des Grundgesetzes geregelt, daß jedem Disziplinarsenat wenigstens ein rechtskundiger Beamter, ein Landeschulinspektor, beziehungsweise ein sonstiges Überwachungsorgan der betreffenden Schulgruppe sowie ein Vertreter des Lehrstandes dieser Schulgruppe anzugehören hat.

An die Stelle des letzteren hat in den Senat bei Disziplinarverhandlungen gegen einen Religionslehrer, wenn dem Landeschulrat ein Vertreter der betreffenden Religionsgesellschaft angehört, dieser und, wenn mehrere Vertreter der gleichen Religionsgesellschaft dem Landeschulrat angehören, derjenige unter ihnen einzutreten, der nach Äußerung der zuständigen geistlichen Oberbehörde hierzu bestimmt wird.

Bis zur landesgesetzlichen Regelung können Vorschriften über die Zusammensetzung der bei den Landeschulräten zu bestellenden Disziplinarcommissionen und -senate unter Festhaltung der in dem vorangehenden und in diesem Paragraphen bezeichneten Grundsätze für die einzelnen Länder durch Verordnung erlassen werden.

§ 131.

Die Senate, und zwar je einer für jede Schulgruppe, sind vom Vorstande (Vorsitzenden) der Behörde, bei der die Disziplinarcommission eingesetzt ist, für die Dauer des ganzen Jahres bleibend zusammenzusetzen. Zugleich ist die erforderliche Anzahl von Ersatzmitgliedern für die einzelnen Senate aus der Zahl der Commissionsmitglieder und die Reihenfolge zu bestimmen, in der die Ersatzmitglieder einzutreten haben, wenn ein Senatsmitglied ausgeschieden, ausgeschlossen, abgelehnt oder durch Krankheit oder Urlaub verhindert ist.

§ 132.

Die Disziplinarsenate fassen ihre Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende gibt seine Stimme zuletzt ab.

Die Strafe der Entlassung kann nur dann verhängt werden, wenn sich vier Mitglieder des Senats dafür aussprechen.

§ 133.

Für die sachlichen Erfordernisse der Disziplinarcommissionen und für die Besorgung ihrer Kanzlei-

geschäfte haben die Behörden aufzukommen, bei denen sie eingesetzt sind.

Die Vorstände dieser Behörden bestimmen auch fallweise aus der Zahl der ihnen unterstehenden rechtskundigen Beamten die Protokollführer für die Disziplinarverhandlungen.

§ 134.

Die Vertretung der durch ein Dienstvergehen verletzten dienstlichen Interessen obliegt bei den Disziplinarcommissionen dem Disziplinaranwalt. Dieser ist verpflichtet, bei der Durchführung des Disziplinarverfahrens für die Wahrung der Ehre und des Ansehens des Lehrstandes, für eine strenge Erfüllung der Amtspflichten und für die Wahrung der Schulinteressen einzutreten.

Der Disziplinaranwalt ist vor jeder Beschlußfassung der Commission zur Wahrung der ihm anvertrauten Interessen zu hören.

§ 135.

Die Disziplinaranwälte bei den einzelnen Disziplinarcommissionen und ihre etwa erforderlichen Stellvertreter sind nach den für die Bestellung der Commissionsmitglieder geltenden Bestimmungen aus den rechtskundigen Beamten der Behörde zu bestellen, bei der die Disziplinarcommission eingesetzt ist.

Dem Disziplinaranwalt kann ein Fachmann als Beirat beigegeben werden.

Sind bei einem Landesschulrat außer dem Referenten für die administrativen und ökonomischen Schulangelegenheiten keine anderen definitiv angestellten rechtskundigen Beamten in Verwendung oder sind die Referenten bereits als Untersuchungskommissäre (§ 149) beschäftigt, so wird der Disziplinaranwalt aus den rechtskundigen Beamten der zuständigen politischen Landesstelle berufen.

§ 136.

Die zu Commissionsmitgliedern und Disziplinaranwälten bestellten Beamten und Fachmänner scheiden aus, wenn in ihrer dienstlichen Stellung eine Veränderung eintritt, mit der die Voraussetzungen ihrer Bestellung entfallen.

Während der Dauer eines gegen einen solchen Beamten oder Fachmann anhängigen strafgerichtlichen oder Disziplinarverfahrens darf er zu keiner Amtshandlung bei einer Disziplinarcommission herangezogen werden; endet das Verfahren mit einer Bestrafung des Beamten oder Fachmannes, so verliert er seine Stellung, und es ist an seiner Statt für den Rest der Funktionsdauer ein anderer Beamter oder Fachmann in der vorgeschriebenen Weise zu bestellen.

Wenn bei Landesschulräten mit Rücksicht auf deren Zusammensetzung eine solche Bestellung in der im § 129 vorgezeichneten Weise im einzelnen Falle nicht möglich sein sollte, so beruft der Chef der Zentralstelle aus dem Kreise der Personen der gleichen Gruppe ein anderes Mitglied in die Disziplinarcommission.

§ 137.

Auf die Ausschließung von der Mitwirkung in einem Disziplinarverfahren sind die Vorschriften der Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden.

§ 138.

Der beschuldigte Lehrer hat das Recht, spätestens binnen acht Tagen nach Zustellung des Verweisungsbeschlusses Mitglieder des zur Entscheidung berufenen Senates abzulehnen, wenn er Umstände nachzuweisen vermag, die geeignet sind, deren Unbefangenheit in Zweifel zu ziehen.

Die Ablehnung muß binnen drei Tagen nach Erhaltener Verständigung beim Vorstande (Vorsitzenden) der Behörde geltend gemacht werden, bei der die Disziplinarcommission eingesetzt ist; über die Ablehnung entscheidet dieser ohne Zulassung eines Rechtsmittels.

Wenn infolge einer solchen Ablehnung der Senat nicht mehr in der vorgeschriebenen Weise gebildet werden kann, hat der Vorstand (Vorsitzende) der Behörde, bei der die Disziplinarcommission eingesetzt ist, an Stelle des abgelehnten ein anderes Mitglied aus derselben Gruppe von Personen, in soweit diese der Disziplinarcommission angehören, zu bestimmen; sollte auch dann die vorschriftsmäßige Zusammensetzung des Senates nicht möglich sein, so hat der Chef der Zentralstelle den Disziplinarfall einem anderen Senate zuzuweisen.

§ 139.

Der zur Verantwortung gezogene Lehrer hat das Recht, sich im Disziplinarverfahren eines Verteidigers aus der Zahl der im örtlichen Wirkungsbereiche der Disziplinarcommission in aktiver Dienstleistung stehenden Beamten oder Lehrer des gleichen Ressorts zu bedienen.

Auf Ansuchen ist dem beschuldigten Lehrer für die mündliche Verhandlung vom Vorstande (Vorsitzenden) der Behörde, bei der die Disziplinarcommission eingesetzt ist, ein Verteidiger zu bestellen.

Mit Ausnahme des im vorhergehenden Absätze erwähnten Falles sind Beamte und Lehrer zur Übernahme einer Verteidigung nicht verpflichtet. Sie dürfen in keinem Falle eine Belohnung ausbedingen oder annehmen und haben gegenüber dem Beschul-

statt »drei«: »acht«.

nach »Ressorts« ist einzuschreiben: »oder aus den in der Verteidigerliste eingetragenen Rechtsanwälten«

digten nur Anspruch auf Vergütung des im Interesse der Verteidigung notwendig und zweckmäßig gemachten Aufwandes.

Der Verteidiger ist befugt, alles, was er zur Vertretung des Beschuldigten für dienlich erachtet, unumwunden vorzubringen und dessen gesetzliche Verteidigungsmittel anzuwenden. Er ist verpflichtet, über alle ihm in seiner Eigenschaft als Verteidiger zukommenden vertraulichen Mitteilungen Verschwiegenheit zu beobachten.

Besondere Bestimmungen für Lehrer im Ruhestande und ausgeschiedene Lehrer.

§ 140.

Die in den Ruhestand versetzten (mit Wartegebühr beurlaubten) Lehrer unterliegen der Disziplinarbehandlung:

1. wegen im aktiven Verhältnisse begangener Dienstvergehen sowie
2. wegen gröblicher Verletzung der ihnen nach diesem Gesetze obliegenden Verpflichtungen.

Gegen einen solchen Lehrer ist insbesondere dann im Disziplinarwege vorzugehen, wenn sich herausstellt, daß er die Versetzung in den Ruhestand oder die Zuerkennung eines höheren als des normalmäßigen Ruhegenusses erschlichen hat.

§ 141.

Über solche Lehrer können als Disziplinarstrafen verhängt werden:

- a) der Verweis,
- b) eine zeitlich beschränkte oder dauernde Minderung des Ruhegenusses in dem im § 117 umschriebenen Ausmaße;
bei besonders erschwerenden Umständen
- c) der Verlust aller aus dem Dienstverhältnisse fließenden Rechte und aller Ansprüche auf Ruhe- und Versorgungsgegenstände für den Lehrer und seine Angehörigen.

»und seine Angehörigen« (entfällt).

Auf die unter c vorgesehene Strafe sind die für die Entlassung aktiver Lehrer geltenden Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.

§ 142.

Durch freiwilligen Austritt, durch Ablauf der im Beststellungsdekrete festgesetzten Zeit, durch Entlassung oder durch Auflösung des Dienstverhältnisses nach den §§ 8, 9 und 107 aus dem Dienst geschiedene Lehrer unterliegen der Disziplinarbehandlung wegen gröblicher Verletzung des Dienstgeheimnisses.

§ 143.

Über solche Personen können als Disziplinarstrafen verhängt werden:

»oder ihren Angehörigen« (entfällt).

- a) wenn ihnen oder ihren Angehörigen bei der Entlassung eine begünstigte Behandlung zuteil geworden ist, der gänzliche oder teilweise Verlust dieser Begünstigungen,
- b) eine ihren Vermögensverhältnissen angemessene Geldstrafe. Solche Geldstrafen sind erforderlichenfalls durch gerichtliche Exekution einzubringen.

§ 144.

Zur Durchführung des Disziplinarverfahrens gegen Lehrer im Ruhestande sowie gegen ehemalige Lehrer ist die Disziplinarcommission zuständig, die unmittelbar vor dem Austritte dieser Lehrer aus dem aktiven Dienste zuständig war.

Disziplinarverfahren.

Einleitung.

§ 145.

Nach Durchführung der etwa zur vorläufigen Klarstellung des Sachverhaltes erforderlichen Erhebungen ist die Disziplinaranzeige im Dienstweg an die zuständige Disziplinarcommission zu übermitteln. Diese Erhebungen können sowohl vom Vorstand der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle als auch vom Vorstand jeder übergeordneten Behörde veranlaßt werden.

§ 146.

Die Disziplinarcommission beschließt ohne mündliche Verhandlung, ob die Disziplinaruntersuchung einzuleiten sei oder nicht.

Vor der Entscheidung kann auf Antrag des Disziplinaranwalts oder von Amts wegen die Vor- nahme ergänzender Erhebungen verfügt werden.

Wenn die Disziplinarcommission beschließt, die Untersuchung nicht einzuleiten, und der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit vorliegt, so kann sie entweder die Akten an den Vorstand der Dienstbehörde abtreten oder selbst eine Ordnungsstrafe verhängen.

Mit Zustimmung des Disziplinaranwalts kann die Disziplinarcommission an Stelle des Beschlusses auf Einleitung der Disziplinaruntersuchung sofort die Verweisung der Sache zur mündlichen Verhandlung beschließen. Für einen solchen Beschluß gelten die Bestimmungen der §§ 153 bis 155 und 188.

§ 147

Gegen die Einleitung der Disziplinaruntersuchung ist kein Rechtsmittel zulässig.

§ 148.

Der Beschluß auf Einleitung der Disziplinaruntersuchung ist dem beschuldigten Lehrer im Dienstwege zuzustellen.

Der Beschluß einer nach § 124, b, eingesetzten Disziplinarcommission, durch den die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung abgelehnt wird, ist dem Disziplinaranwalt zuzustellen.

Untersuchung.

§ 149.

Ist die Einleitung der Disziplinaruntersuchung beschlossen worden, so bestellt der Vorstand (Vorsitzende) der Behörde, bei der die Commission eingesetzt ist, einen oder mehrere Untersuchungskommissäre aus der Zahl der ihm unterstehenden rechtskundigen Beamten; erforderlichenfalls kann den Untersuchungskommissären ein Fachmann als Beirat beigegeben werden.

Beim Landeschulrate ist als Untersuchungskommissär regelmäßig der zuständige Referent für die administrativen und ökonomischen Schulangelegenheiten, in dessen Verhinderung ein anderer dem Landeschulrate zugewiesener, definitiv angestellter, rechtskundiger Beamter oder ein solcher der zuständigen politischen Landesstelle zu bestimmen.

Beamte, die zu einer anderweitigen Funktion im Disziplinarverfahren berufen sind, können nicht zu Untersuchungskommissären bestellt werden.

Auf den Untersuchungskommissär finden die Bestimmungen der §§ 136 bis 138 sinngemäß Anwendung.

§ 150.

Der Untersuchungskommissär hat den beschuldigten Lehrer sowie Zeugen und Sachverständige unbeeidet zu vernehmen und alle zur vollständigen Aufklärung der Sache erforderlichen Umstände und Beweismittel von Amts wegen zu erforschen; er kann hierbei die Mitwirkung der Schulbehörden und Lehranstalten, sowie der politischen und Polizeibehörden in Anspruch nehmen.

Beantragt der Disziplinaranwalt im Laufe der Untersuchung die Ausdehnung des Disziplinarverfahrens auf neue Anschuldigungspunkte, so hat der Untersuchungskommissär, falls er Bedenken trägt, einem solchen Antrage stattzugeben, darüber einen Beschluß der Disziplinarcommission einzuholen; für einen solchen Beschluß gelten die Bestimmungen der §§ 147 und 148.

§ 151.

Auf die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie auf deren Gebühren sind die Vorschriften der Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden.

Wenn Zeugen oder Sachverständige der Ladung des Untersuchungskommissärs keine Folge leisten, wenn sie sich ohne gesetzlichen Grund weigern, eine Aussage abzulegen, oder wenn sie außerhalb des politischen Bezirkes wohnen, in dem sich der Untersuchungskommissär befindet, so veranlaßt dieser die Vernehmung durch die zuständige politische oder Polizeibehörde.

Die politischen und Polizeibehörden haben hierbei nach den für die Ladung und Vernehmung von Parteien vor diesen Behörden bestehenden Vorschriften vorzugehen.

Wenn die eidliche Vernehmung einzelner Zeugen und Sachverständigen zur Feststellung der Wahrheit unerlässlich ist, kann der Untersuchungskommissär mit Zustimmung des Vorstandes (Vorsitzenden) seiner Dienstbehörde das zuständige Bezirksgericht um die eidliche Vernehmung ersuchen.

§ 152.

Dem beschuldigten Lehrer sind alle gegen ihn vorgebrachten Umstände und Beweismittel zur mündlichen oder schriftlichen Verteidigung vorzuhalten.

Die Verweigerung seiner Mitwirkung am Verfahren hält dieses nicht auf.

Die Akten über die abgeschlossene Untersuchung werden dem Disziplinaranwalt mitgeteilt und von diesem mit seinen Anträgen der Disziplinarkommission vorgelegt.

§ 153.

Die Disziplinarkommission beschließt, ohne mündliche Verhandlung, ob die Sache zur mündlichen Verhandlung zu verweisen oder ob das Verfahren einzustellen ist.

Wenn die Disziplinarkommission beschließt, das Verfahren einzustellen, und der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit vorliegt, so kann sie entweder die Akten an den Vorstand (Vorsitzenden) der Dienstbehörde abtreten oder selbst eine Ordnungsstrafe verhängen.

Im Verweisungsbeschlusse müssen die Anschuldigungspunkte bestimmt angeführt und die Verfügungen bezeichnet werden, die zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlungen zu treffen sind.

Binnen acht Tagen nach Zustellung des Verweisungsbeschlusses können der beschuldigte Lehrer und der Disziplinaranwalt weitere Anträge stellen, über welche die Disziplinarkommission ohne Zulassung eines abgesonderten Rechtsmittels entscheidet.

§ 154.

Gegen die Verweisung der Sache zur mündlichen Verhandlung ist kein Rechtsmittel zulässig.

§ 155.

Der Beschluß auf Einstellung des Verfahrens samt Gründen wird dem beschuldigten Lehrer im Dienstweg und dem Disziplinaranwalt zugestellt.

Mündliche Verhandlung.

§ 156.

Der Tag der mündlichen Verhandlung wird vom Vorsitzenden der Disziplarkommission bestimmt und der beschuldigte Lehrer unter Mitteilung des Verweisungs(Einleitungs)beschlusses und eines Verzeichnisses der Mitglieder des Disziplarsenates sowie der Verteidiger zur Verhandlung geladen.

Der Disziplarsenat kann das persönliche Erscheinen des Beschuldigten bei der mündlichen Verhandlung anordnen.

§ 157.

Die Verhandlung ist nicht öffentlich; doch kann der beschuldigte Lehrer verlangen, daß der Zutritt zur Verhandlung drei Staatslehrpersonen oder Staatsbeamten seines Vertrauens gestattet werde.

Die Beratungen und Abstimmungen während und am Schlusse der Verhandlung geschehen in geheimer Sitzung.

Mitteilungen an die Öffentlichkeit über den Inhalt der Verhandlung sind untersagt.

§ 158.

Die Verhandlung beginnt mit einer Darstellung des Sachverhaltes durch den vom Vorsitzenden der Disziplarkommission aus den Beisitzern bestellten Berichterstatter.

Hierauf wird der beschuldigte Lehrer vernommen, sodann der Disziplaranwalt mit seinen Ausführungen und Anträgen und der Beschuldigte sowie dessen Verteidiger mit der Verteidigung gehört. Dem Beschuldigten steht das letzte Wort zu.

§ 159.

Wenn die Disziplarkommission auf Antrag oder von Amts wegen die Vernehmung von Zeugen in der mündlichen Verhandlung oder durch den Untersuchungskommissär oder durch eine Behörde, oder wenn sie die Herbeischaffung anderer Beweismittel zur Aufklärung der Sache für notwendig erachtet, so veranlaßt sie die erforderliche Verfügung und bestimmt nötigenfalls die Fortsetzung der Verhandlung auf einen anderen Tag.

Erkenntnis.

§ 160.

Die Disziplinarcommission hat bei Fällung des Erkenntnisses nur auf dasjenige Rücksicht zu nehmen, was in der mündlichen Verhandlung vorgekommen ist. Sie ist bei ihrer Entscheidung an ein freisprechendes Urteil des Strafgerichtes und an Beweisregeln nicht gebunden, sondern hat nach ihrer freien, aus der gewissenhaften Prüfung aller vorgebrachten Beweismittel gewonnenen Überzeugung zu erkennen.

§ 161.

Durch das Erkenntnis der Disziplinarcommission muß der beschuldigte Lehrer entweder von der ihm zur Last gelegten Pflichtverletzung freigesprochen oder einer solchen für schuldig erklärt werden.

Im Falle des Schuldspruches hat das Erkenntnis den Ausspruch über die den Lehrer treffenden Disziplinar- oder Ordnungsstrafe zu enthalten.

§ 162.

Wird der Lehrer freigesprochen oder über ihn eine Ordnungsstrafe verhängt, so werden die Kosten des Verfahrens vom Staate getragen. Wird gegen ihn auf eine Disziplinarstrafe erkannt, so ist ihm im Erkenntnisse der Ersatz der Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Beim Ausspruch über die Kosten sind die Bestimmungen der Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden.

§ 163.

Das Erkenntnis ist sogleich zu verkünden und längstens binnen acht Tagen samt den Entscheidungsgründen dem Disziplinaranwalt sowie dem beschuldigten Lehrer oder dessen zur Berufung berechtigten Hinterbliebenen zuzustellen.

§ 164.

Über die mündliche Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das die Namen der Anwesenden und eine Darstellung des Ganges der Verhandlung in allen wesentlichen Punkten zu enthalten hat.

Über die Beratungen und Abstimmungen ist ein abgeordnetes Protokoll zu führen.

Beide Protokolle sind vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 165.

Wenn vor Fällung des Erkenntnisses erster Instanz der Lehrer stirbt oder ihm der Austritt aus dem Dienstverhältnis bewilligt wird, so ist das Verfahren einzustellen.

Berufungsverfahren.

§ 166.

Gegen Disziplinarerkenntnisse einer nach § 124 a eingesetzten Disziplinarcommission ist kein Rechtsmittel zulässig.

Gegen Erkenntnisse einer nach § 124 b eingesetzten Disziplinarcommission kann wegen des Ausspruches über Schuld und Strafe sowie wegen der Entscheidung über den Kostenersatz die Berufung an die nach § 125 zuständige Disziplinarcommission erhoben werden.

Eine Berufung zugunsten des Beschuldigten ist ausgeschlossen, wenn lediglich eine Ordnungsstrafe verhängt wurde. Die Entscheidung über den Kostenersatz allein kann nur mit Beschwerde angefochten werden.

§ 167.

Zur Berufung sind berechtigt:

- a) der zu einer Disziplinarstrafe verurteilte Lehrer,
- b) wenn dieser vor Rechtskraft des Erkenntnisses stirbt, seine durch das Erkenntnis in ihren Ansprüchen auf einen Versorgungsgenuß betroffenen Hinterbliebenen,
- c) der Disziplinaranwalt.

§ 168.

Die Berufung ist bei der Behörde zu erheben, bei der die Disziplinarcommission eingesetzt ist, die das angefochtene Erkenntnis geschöpft hat. Stirbt der Lehrer während des Laufes der Berufungsfrist, so ist den zur Berufung berechtigten Hinterbliebenen eine neuerliche Ausfertigung des Erkenntnisses zuzustellen; in einem solchen Falle läuft die Berufungsfrist vom Tage dieser Zustellung.

Die Berufung hat aufschiebende Wirkung.

§ 169.

Findet die Berufungsinstanz, daß die Berufung verspätet oder von einer Person erhoben wurde, der das Berufungsrecht nicht zusteht, so ist die Berufung sofort zu verwerfen.

Erachtet die Berufungsinstanz eine Ergänzung der Untersuchung für nötig, so ist diese im Dienstwege zu veranlassen. Wenn aber wesentliche Mängel des Verfahrens dessen Wiederholung in erster Instanz erheischen, so ist das angefochtene Erkenntnis aufzuheben und die Sache an die in erster Instanz zuständige Disziplinarcommission zurückzuverweisen.

§ 170.

Ist keiner der im § 169 vorgesehenen Fälle gegeben, so bestimmt der Vorsitzende der zur Ent-

scheidung über die Berufung zuständigen Disziplinarcommission den Tag der mündlichen Verhandlung.

§ 171.

Auf das weitere Verfahren sind die Vorschriften über die mündliche Verhandlung und das Erkenntnis in erster Instanz sinngemäß anzuwenden.

Vollzug des Erkenntnisses.

§ 172.

Nach Eintritt der Rechtskraft ist eine Ausführung des Disziplinarerkenntnisses samt Entscheidungsgründen im Dienstwege dem Vorstande (Vorsitzenden) der unmittelbar vorgesetzten Dienststelle des Lehrers zuzustellen.

Der Vorstand hat den Vollzug der Strafe zu veranlassen.

Wiederaufnahme des Verfahrens.

§ 173.

Ist die Einleitung des Disziplinarverfahrens abgelehnt, das Verfahren aus einem anderen Grunde als dem des § 165 eingestellt oder der Beschuldigte freigesprochen worden oder über ihn lediglich eine Ordnungsstrafe verhängt worden, so kann das Verfahren zum Nachteil des Beschuldigten auf Antrag des Disziplinaranwaltes nur dann wieder aufgenommen werden, wenn neue Tatsachen oder Beweismittel hervorkommen, die allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen geeignet sind, die Überführung des beschuldigten Lehrers oder die Verhängung einer Disziplinarstrafe über einen lediglich zu einer Ordnungsstrafe verurteilten Lehrer zu begründen.

§ 174.

Der zu einer Disziplinarstrafe rechtskräftig verurteilte Lehrer oder seine durch das Erkenntnis betroffenen versorgungsberechtigten Hinterbliebenen können die Wiederaufnahme des Verfahrens auch nach vollzogener Strafe verlangen, wenn sie neue Tatsachen oder Beweismittel beibringen, die allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen geeignet sind, den Freispruch oder die Verhängung einer dem Grade nach milderen Strafe zu begründen.

§ 175.

Über die Wiederaufnahme des Verfahrens sowie darüber, ob wegen der Einbringung des Antrages auf Wiederaufnahme mit dem Vollzug der Disziplinarstrafe innezuhalten sei, entscheidet die

Disziplinarcommission, die in erster Instanz entschieden hat, ohne mündliche Verhandlung.

Der Beschluß ist dem Antragsteller und dem Disziplinaranwalt zuzustellen.

§ 176.

Durch die Bewilligung der Wiederaufnahme des Verfahrens wird das Erkenntnis soweit aufgehoben als es jene Handlung betrifft, bezüglich deren die Wiederaufnahme bewilligt wurde.

Durch die Wiederaufnahme tritt die Sache in der Regel in den Stand der Untersuchung; mit dem Vollzuge der Disziplinarstrafe ist innezuhalten.

§ 177.

Wird der Lehrer, zu dessen Gunsten die Wiederaufnahme des Verfahrens bewilligt wurde, neuerlich als schuldig erkannt, so kann über ihn keine strengere als die ihm im früheren Erkenntnisse auferlegte Strafe verhängt werden; bei Bemessung der Strafe ist auf die bereits erlittene Strafe Rücksicht zu nehmen.

Die Disziplinarcommission, welche die Wiederaufnahme des Verfahrens zugunsten des beschuldigten Lehrers für zulässig erklärt hat, kann mit Zustimmung des Disziplinaranwaltes sofort auf Freispruch oder auf eine mildere Strafe erkennen.

Suspendierung.

§ 178.

Die Disziplinarcommission kann einen Lehrer, gegen den ein strafgerichtliches oder Disziplinarverfahren eingeleitet ist, jederzeit vom Dienste suspendieren, wenn dies mit Rücksicht auf die Art oder Schwere des Dienstvergehens angemessen ist.

§ 179.

Wird gegen einen Lehrer die strafgerichtliche Untersuchungshaft verhängt, so hat der Vorstand (Vorsitzende) der Dienstbehörde ungesäumt die vorläufige Suspendierung des Lehrers zu verfügen.

Außerdem ist jeder unmittelbar oder mittelbar zur Führung der Dienstaufsicht berufene Vorgesetzte berechtigt, die vorläufige Suspendierung eines Lehrers zu verfügen, wenn dieser sich unter schwerwiegenden Umständen einer offenen Gehorsamsverweigerung schuldig gemacht hat oder wenn sich begründete Anhaltspunkte dafür ergeben, daß er ein so schweres Dienstvergehen begangen hat, daß durch seine Belassung im Dienste das Ansehen der Schule oder wesentliche Interessen des Dienstes gefährdet würden. Diese Befugnis zur vor-

läufigen Suspendierung steht unter den angegebenen Voraussetzungen auch der mit der Vornahme einer Inspektion betrauten Amtsperson zu.

Eine gemäß Absatz 2 verfügte vorläufige Suspendierung vom Dienste kann von jedem Vorstand einer übergeordneten Behörde außer Kraft gesetzt werden.

Jede vorläufige Suspendierung ist im Dienstweg ungesäumt der Disziplarkommission mitzuteilen, die ohne Verzug die Suspendierung zu bestätigen oder aufzuheben hat.

§ 180.

Durch Beschluß der Disziplarkommission kann der Lehrer für die Dauer der Suspendierung bis auf zwei Dritteile seiner Bezüge beschränkt werden.

§ 181.

Die Suspendierung endet spätestens mit dem rechtskräftigen Abschlusse des Disziplinarverfahrens.

Wenn die Umstände, durch welche die Suspendierung eines Lehrers veranlaßt wurde, vor diesem Zeitpunkte wegfallen, so hat die Disziplarkommission die Suspendierung aufzuheben.

§ 182.

Die Disziplarkommission entscheidet über die Verhängung, Bestätigung oder Aufhebung einer Suspendierung ohne mündliche Verhandlung. Eine Beschwerde gegen diese Entscheidungen hat keine aufschiebende Wirkung.

Gegen eine vorläufige Suspendierung ist kein Rechtsmittel zulässig.

§ 183.

Führt das gegen einen Lehrer eingeleitete Disziplinarverfahren zu einem Freispruch oder nur zur Verhängung einer Ordnungsstrafe, so ist ihm der zurückbehaltene Teil seiner Bezüge nachträglich zu erstatten; wird über ihn lediglich die Strafe des Verweises verhängt, so werden ihm die zurückbehaltenen Bezüge nach Abrechnung der Kosten des Disziplinarverfahrens ausgefolgt.

Bei einer strengeren disziplinarischen Bestrafung findet eine Nachzahlung der zurückbehaltenen Bezüge nicht statt, und es wird die Zeit der Suspendierung für die Erlangung der nächstfälligen gesetzlichen Gehalts(Emmerations)erhöhung sowie für die Zeitvorrückung nicht angerechnet.

Die zurückbehaltenen Bezüge werden auch im Falle der Entlassung in unmittelbarer Folge eines strafgerichtlichen Urteils nicht nachgezahlt.

statt »(Remunerations)«: »(Adjutums)«

statt »Zeitvorrückung«: »Zeitbeförderung«

Beziehungen des Disziplinarverfahrens zum strafgerichtlichen Verfahren.

§ 184.

Erachtet der Vorstand (Vorsitzende) der Dienstbehörde oder die Disziplinarcommission, daß die einem Lehrer zur Last fallende Pflichtverletzung strafgerichtlich zu ahnden sei, so ist die Anzeige an den Staatsanwalt zu erstatten und im ersteren Falle die zuständige Disziplinarcommission zu verständigen.

Bis zum Abchlusse des strafgerichtlichen Verfahrens darf ein wegen desselben Tatbestandes eingeleitetes Disziplinarverfahren nicht fortgeführt werden.

§ 185.

Die Strafgerichte sind verpflichtet, von der Einleitung eines Strafverfahrens und von der Erhebung der Anklage gegen einen Lehrer sowie von der Verhängung der Haft über einen solchen dem Vorstande (Vorsitzenden) seiner Dienstbehörde Mitteilung zu machen. Der Vorstand der Dienstbehörde verständigt hiervon die zuständige Disziplinarcommission.

Nach rechtskräftiger Beendigung des Strafverfahrens hat das Strafgericht die Akten an die zuständige Disziplinarcommission zu senden.

§ 186.

Ist gegen einen Lehrer ein strafgerichtliches Urteil ergangen, das nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften den Verlust des Amtes unmittelbar zur Folge hat, so ist die Entlassung des Lehrers ohne weiteres Verfahren im administrativen Wege zu verfügen.

Auch in diesem Falle findet die Bestimmung des § 120 Anwendung.

§ 187.

In allen übrigen Fällen sind die strafgerichtlichen Verhandlungsakten vom Vorstande (Vorsitzenden) der Dienstbehörde im Dienstweg an die zuständige Disziplinarcommission zur weiteren Verfügung zu leiten.

Die Disziplinarcommission hat, wenn ein Disziplinarverfahren bereits eingeleitet war, ohne Vernehmung des Lehrers zu beschließen, ob das Verfahren fortzusetzen oder einzustellen ist; wenn aber ein Disziplinarverfahren noch nicht eingeleitet war, so ist zu beschließen, ob ein solches einzuleiten ist.

Rückwirkung des Disziplinarverfahrens auf die dienstlichen Verhältnisse des Lehrers.

§ 188.

Ist die Suspendierung eines Lehrers verfügt oder in einem anhängigen Disziplinarverfahren ein Verweisungsbeschluß gefaßt worden, so ist der Lehrer bis zum rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens von der Erlangung höherer Bezüge ausgeschlossen. Während dieser Zeit ist ihm die Annahme einer etwaigen Austrittserklärung zu verweigern (§ 104).

Wird der Lehrer freigesprochen oder über ihn nur eine Ordnungsstrafe oder die Strafe des Verweises verhängt, so ist er für eine etwa unterbliebene Erlangung der gesetzlichen Gehalts- (Remunerations-)erhöhung durch rückwirkende Anweisung des erhöhten Bezuges schadlos zu halten; hat der Lehrer während der angegebenen Zeitdauer den Anspruch auf Zeitvorrückung erlangt, so ist diese mit Rückwirkung auf den dem Ablaufe der Vorrückungsfrist nachfolgenden Tag nachträglich zu vollziehen.

§ 189.

Ordnungsstrafen werden in den Standesaussweis nicht eingetragen.

Die Einleitung des Disziplinarverfahrens ist im Standesaussweis anzumerken und diese Anmerkung bei Einstellung des Verfahrens oder im Falle des Freispruches ungesäumt zu löschen.

Jede gegen einen Lehrer verhängte Disziplinarstrafe ist nach Eintritt der Rechtskraft des Erkenntnisses in den Standesaussweis einzutragen; solange die Eintragung besteht, ist eine Abschrift des Erkenntnisses aufzubewahren.

§ 190.

Nach Ablauf von drei Jahren, gerechnet vom Eintritte der Rechtskraft des Erkenntnisses, keinesfalls aber vor völliger Abbüßung der verhängten Disziplinarstrafe ist auf Ansuchen die Eintragung einer der im § 114, a—d, angeführten Strafen im Standesaussweis zu löschen, wenn der Lehrer seither eine tadellose Haltung beobachtet hat.

Die Entscheidung über ein solches Ansuchen steht dem Chef der Zentralstelle zu.

Allgemeine Vorschriften über das Disziplinarverfahren.

Akteneinsicht.

§ 191.

Während der Dauer der Disziplinaruntersuchung kann der Untersuchungskommissär, soweit er es mit

statt »(Remunerations)«: »(Adjutums)«

statt »Zeitvorrückung«: »Zeitbeförderung«

statt »Vorrückungsfrist«: »Beförderungsfrist«

statt »auf Ansuchen«: »von Amts wegen«

(der zweite Absatz entfällt).

dem Zwecke des Verfahrens vereinbar findet, dem beschuldigten Lehrer und seinem Verteidiger die unbeschränkte oder teilweise Einsichtnahme in die Verhandlungsakten gestatten.

Nach Zustellung des Verweisungsbeschlusses haben der beschuldigte Lehrer und sein Verteidiger das Recht, die Verhandlungsakten, mit Ausnahme der Beratungsprotokolle, einzusehen und von ihnen Abschrift zu nehmen.

Mitteilungen an die Öffentlichkeit über den Inhalt der Verhandlungsakten sind untersagt.

Zustellungen.

§ 192.

Alle Zustellungen, die nach den Bestimmungen dieses Abschnittes zu geschehen haben, sind gültig und bewirken den Lauf der Fristen, wenn sie an den Beteiligten persönlich, an seinen Verteidiger oder an einen anderen Bevollmächtigten geschehen oder, falls sein Aufenthalt unbekannt ist, beim Vorstande (Vorsitzenden) seiner letzten Dienstbehörde hinterlegt werden.

Eine öffentliche Aufforderung zum Erscheinen sowie eine amtliche Verlautbarung des Erkenntnisses sind unzulässig.

Rechtsmittel und Fristen.

§ 193.

Soweit in diesem Abschnitte nichts anderes bestimmt ist, können die Entscheidungen der nach § 124, b, eingesetzten Disziplinarcommissionen durch Beschwerde an die Berufungsinstanz angefochten werden. Die Beschwerde ist bei der Disziplinarcommission erster Instanz zu erheben.

Rechtsmittel sind binnen vierzehn Tagen nach Zustellung des angefochtenen Erkenntnisses oder Beschlusses anzubringen.

Rechtsmittelfristen sind unerstreckbar. Die Fristen beginnen mit dem der Zustellung folgenden Tage. Der Beginn oder Lauf einer Frist wird durch Sonntage und Feiertage nicht behindert. Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonntag oder einen Feiertag, so endet die Frist mit dem nächsten Werktag. Die Tage des Postenlaufes werden in die Frist nicht eingerechnet.

Schriftliche Eingaben können auch telegraphisch eingebracht werden.

Ver spätete Anbringen werden ohne weiteres Verfahren zurückgewiesen.

Wiedereinsetzung.

§ 194.

Wider die Verjüngung der Frist zur Anbringung eines Rechtsmittels kann die Berufungsinstanz

dem beschuldigten Lehrer die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erteilen, wenn der Lehrer nachzuweisen vermag, daß ihm die Einhaltung der Frist ohne sein Verschulden durch unabwendbare Umstände unmöglich gemacht wurde.

Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand muß innerhalb der Frist von vierzehn Tagen nach dem Wegfall des Hindernisses unter gleichzeitiger Geltendmachung des Rechtsmittels bei der Disziplinarcommission erster Instanz angebracht werden. Diese teilt den Antrag dem Disziplinaranwälte zur Äußerung mit.

Wenn die Berufungsinstanz die Wiedereinsetzung bewilligt, kann sie sofort in der Hauptsache erkennen.

Stempel- und Gebührenfreiheit.

§ 195.

Das in diesem Gesetze vorgesehene Disziplinarverfahren ist hinsichtlich der Stempel- und Gebührenfreiheit dem Strafverfahren gleichzuhalten.

Übergangsbestimmungen.

§ 196.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes über die Ahndung von Pflichtverletzungen (Abschnitt V) finden auch auf anhängige Disziplinarfälle Anwendung; wenn jedoch bereits ein Disziplinarerkenntnis erster Instanz erlassen ist, gelten für das Rechtsmittelverfahren die bisherigen Vorschriften.

Artikel III des Landesgesetzes für Galizien vom 15. Februar 1905, L. G. Bl. Nr. 39, in der durch das Landesgesetz vom 9. Mai 1907, L. G. Bl. Nr. 48, abgeänderten Fassung hat bis zur Erlassung neuer landesgesetzlicher Bestimmungen auch weiterhin sinngemäß Anwendung zu finden.